

karlsruher-liste.de

www.

KAL

Lust auf Stadt

Kommunalwahlprogramm Juni 2009



KARLSRUHER LISTE

am 7. Juni 2009

Stand: 5. April 2009

Kommunalwahl 7. Juni 2009

Kommunalwahlprogramm 2009 Karlsruher Liste (KAL)

INHALT

Wir über uns	3
Politik der Karlsruher Liste	5
Menschen in Karlsruhe	9
Politische Teilhabe	15
Kultur	17
Sport und Freizeit	23
Natur und Umwelt	30
Stadtplanung	37
Verkehr	45
Wirtschaft und Arbeit	51

WIR ÜBER UNS

Das vorliegende Papier ist Ergebnis der Programmdiskussion der Karlsruher Liste sowie des für jeden offenen Diskussionsprozesses auf der Homepage der Karlsruher Liste. Es stellt das gültige Kommunalwahlprogramm dar.

Nach Auffassung der Karlsruher Liste ist Politik ein dauernder Diskussionsprozess. Deshalb sind konstruktive Kritik und Anmerkungen zum Wahlprogramm auch weiterhin möglich. Anmerkungen sollten an das Fraktionsbüro der KAL zu Händen Thomas Belschner, vorzugsweise per E-Mail gesendet werden. Auch bei den Treffen des PLENUMS der Karlsruher Liste, besteht die Möglichkeit, Anregungen einzubringen.

Karl-Heinz Spengler, für den Programmarbeitskreis der Karlsruher Liste im Frühjahr 2009

Karlsruher Liste
Fremersbergweg 5
76189 Karlsruhe

Fraktionsbüro der KAL
Thomas Belschner
Hebelstrasse 13
76133 Karlsruhe
Tel. 0721/205566
Fax 0721/205599

www.karlsruher-liste.de
thomas.belschner@karlsruher-liste.de

P.S. Die KAL erhält als rein kommunal antretende Wählervereinigung keine Wahlkampfkostenerstattung. Wir finanzieren uns ausschließlich aus Spenden und freuen uns über jede Unterstützung, auch finanzieller Art.

Konto-Nr. 0229 736 752
BLZ 660 100 75
Postbank Karlsruhe

Die Karlsruher Liste will „**Lust auf Stadt**“ machen. Sie wird getragen von Personen, die sich für die Stadt, in der sie leben, engagieren und sich konstruktiv in die Kommunalpolitik einbringen

**Die KAL will
„Lust auf Stadt“
machen**

„Lust auf Stadt“ bedeutet für die Karlsruher Liste zum Beispiel Lust Demokratie mit zu gestalten.

**„Lust auf Stadt“ - Lust
am Mitgestalten**

- in der Kultur Lust auf Vielfalt, auf Kleinkultur, auf Neues
- im Bereich Sport und Freizeit Lust auf Bewegung und Begegnung
- in der Stadtplanung Lust auf Wohnen und Erleben in der Stadt bzw. auf eine insgesamt attraktive Stadt
- im Bereich Arbeit und Wirtschaft Lust auf Zukunft, Innovationen und befriedigende Arbeitsverhältnisse

Lust auf Stadt versus Politikverdrossenheit – zwischen diesen beiden Polen bewegt sich Politik. Politische Arbeit ist oft mühsam und Erfolge brauchen lange Vorarbeit. Nicht immer sind politische Ziele auf geradem Weg zu erreichen. Manchmal muss ein Kompromiss genügen. Das ist nicht immer verständlich für Menschen, die hohe Erwartungen an die Politik haben. Manche denken bei für sie unverständlichen Ergebnissen: Es hat ja doch keinen Sinn, wählen zu gehen!

**Politische Arbeit
braucht Kompromisse**

Natürlich hat es Sinn! Und warum sind die Ergebnisse von Politik nicht immer für alle verständlich? Als politisch tätige Menschen haben wir das Privileg, auch hinter die Kulissen zu schauen. Dieses Privileg eröffnet uns Einsichten, die manchmal schwer in der Öffentlichkeit zu erklären sind. Entscheidungen werden von den verschiedensten Faktoren beeinflusst. Wir wissen aus unserer Arbeit: Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess bewirkt etwas!

Wer ist die Karlsruher Liste?

Die KAL ist eine kommunale Wählervereinigung. Seit 1984 bringen Karlsruherinnen und Karlsruher hier ihr Wissen, ihre Tatkraft und ihr Engagement in die Stadtpolitik ein. Viele der Aktiven arbeiten auf verschiedenen Arbeitsfeldern in der Stadt mit.

**Kommunale
Wählervereinigung
für Karlsruhe seit 1984**

Im Gemeinderat bilden wir seit 1994 eine Fraktion. Derzeit ist die Karlsruher Liste mit vier Stadträten im Gemeinderat vertreten.

Lüppo Cramer, Fraktionsvorsitzender, selbständiger Drucker

Margot Döring, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Diakonin und Sozialarbeiterin, Schwerpunkt Soziales und Jugend

Dr. Eberhard Fischer, Chemiker und Umweltjournalist, Schwerpunkte Energie, Verkehr, Naturschutz, Agenda 21, Kultur, Sport

Michael Kunz („Kuni“), Gastwirt, Betriebsratsvorsitzender, Schwerpunkte Öffentliche Aufgaben, Umwelt, Konversionen, Knielingen

Die Gemeinderäte der Karlsruher Liste sind bevollmächtigt, die Stimme der KAL zu sein. Nach dem Konsens-Prinzip werden Entscheidungen, die vertreten werden sollen, im Vorfeld diskutiert, wobei das Fachwissen der Expertinnen und Experten von Gewicht ist. Es gibt unvorhergesehene Situationen, in denen die Entscheidungsträger ohne Votum der KAL entscheiden müssen, etwa weil im Verlauf einer Entscheidungsfrage neue Fakten oder Argumente auftauchen. Dann hat jede, jeder von uns die Möglichkeit, eigenverantwortlich (i.d.R. in Absprache mit den Fraktionsmitgliedern) zu handeln.

Viele Organisationen kommen auf uns zu und wir unterstützen deren Anliegen mit Anträgen. Manchmal stehen wir allein da, manchmal bekommen wir Unterstützung – Und wir haben Erfolg! Es sind oft die kleineren Themen wie Gruppe Regenbogen, Hospizdienst oder Kinder auf dem Landfahrerplatz. Wichtig sind nicht nur die Erfolge, die aus eigener Kraft erreicht wurden (KAL-Anträge, die erfolgreich waren) sondern auch diejenigen, wo mit unserer Unterstützung Veränderungen erreicht wurden im Sinne unserer Grundsätze und Ziele.

Wie weit reichen unsere Einflussmöglichkeiten? Nutzen wir sie ausreichend? Nein, in feinen Dosen, in kleinen Einheiten zeigen wir unseren Einfluss. Wir sind geduldig, beharrlich. Wir wissen, dass der Weg lang sein kann. Und unser Erfolg wird am Ende von allen (anderen) gefeiert. Man kann uns also höchstens vorwerfen, dass wir nicht laut genug mit den Erfolgen unserer Politik prahlen.

Was unterscheidet die Karlsruher Liste von anderen Gemeinderatsfraktionen?

Vor allem eins: Wir sind **für Karlsruhe** da – und müssen uns als einzige Gruppierung im Gemeinderat nicht nach bundes- oder landespolitischen Vorgaben richten. Das haben wir in den vergangenen Legislaturperioden bewiesen.

Zweitens: Die Mitgliedschaft in der KAL wird durch **aktive** Teilnahme und nicht durch Mitgliedsbeitrag oder Parteibuch erworben

Drittens: Entscheidungen werden nach dem **Konsens-Prinzip** von den aktiven Mitgliedern getroffen. Aktives Mitglied ist, wer an dem das jeweilige Thema betreffenden Entscheidungsprozess teilgenommen hat und die natürlichen Spielregeln des Konsens-Prinzips akzeptiert (Dialogbereitschaft, Verantwortlichkeit und Toleranz). Abstimmungen finden nicht statt

Derzeit 4 Stadträte:

Lüppo Cramer

Margot Döring

Dr. Eberhard Fischer

Michael Kunz

Gemeinderäte entscheiden im Sinne der KAL

Die KAL unterstützt Anliegen vieler Organisationen

Geduld und Beharrlichkeit zahlen sich aus

Politik für Karlsruhe

Aktive Teilnahme – kein Parteibuch

Konsens-Prinzip – keine Abstimmungen

POLITIK DER KARLSRUHER LISTE

Grundsätze der Karlsruher Liste

- Eine direkte Bürgerbeteiligung ohne parteipolitische Zwänge auf kommunaler Ebene zu ermöglichen, ist das vorrangige Ziel der *Karlsruher Liste*. **Bürgerbeteiligung**
- Die KAL will, dass trotz der globalen Veränderungen sowie der veränderten finanzpolitischen Rahmenbedingungen der Kommunen Solidarität mit den Schwächeren in der Gesellschaft erhalten bleibt. **Solidarität mit den Schwächeren**
- Ökologische, nachhaltige Gesichtspunkte sollen bei allen Planungen Berücksichtigung finden. **Nachhaltigkeit**
- Wir denken in größeren Zusammenhängen, handeln als kommunalpolitische Wählervereinigung aber lokal. **Denke global, handele lokal**

Das hat die KAL in den letzten 5 Jahren - unter anderem - unterstützt und erreicht

- Bürgerversammlungen nach §20a **Politikbeispiele**
- Weiterentwicklung des Projektes „Kulturinsel Ostau“: z.B. Erweiterung des Tollhauses und Umzug und Vergrößerung des Substage, Öffnung für die so genannte Kreativwirtschaft
- Erhalt des Karlsruher Passes
- sozialverträgliche Kindergartenbeiträge
- Konzept zur Verbesserung der Lebenssituation der Kinder auf dem Landfahrerplatz
- Initiativen und Maßnahmen für Wohnungslose
- Bezuschussung Hospizdienst
- Förderung von Ganztageseinrichtungen im Bildungsbereich
- Erhalt der Uhlandschule in der Südstadt
- Erhalt der Wasserwerkbrücke während der Sanierungsarbeiten
- Nutzung des Marktplatzes: weniger lärmende Feste – mehr Lebensqualität, mehr **Markt**-Platz mit Gastronomie
- „Das Fest“ - Erhalt in seiner jetzigen Form
- Lärmschutz-Verbesserungen entlang der Südtangente: von Knielingen bis Bulach
- 20-Punkte-Programm zur Förderung des Radverkehrs
- Ausbau der regenerativen Energienutzung bei Stadt und deren Gesellschaften
- Klimaschutzkonzept für Karlsruhe
- Anstoß einer Städtepartnerschaft mit einer türkischen Stadt
- Nordspange Neureut als Entlastungsstrecke
- Südspange Hagsfeld zur Entlastung statt Nordtangente mit Belastung

Ziele der Karlsruher Liste für die nächsten fünf Jahre

- Wiedereinführung des Karlsruher Passes
- Stärkung des Öffentlichen Raumes
- Stärkung der Kreativwirtschaft als **dem** Wirtschaftssektor des 21. Jahrhunderts
- Schaffung von Betreuungsangeboten in neuen Wohngebieten
- verstärkte Förderung regenerativer Energien und Verbesserung der Energieeffizienz, etwa durch verbesserte Dämmung öffentlicher Gebäude
- weiterer Ausbau des Radverkehrsnetzes
- Flächenschutz: Umwandlung („Konversion“) bereits versiegelter Flächen soll Priorität besitzen
- Fortschreibung der Studie „Belastungsgrenzen des Raumes Karlsruhe“ als wesentliche Grundlage für die zukünftige kommunale Planungspolitik
- Offensive Wirtschaftsförderung: Binnenentwicklung beim Gewerbe durch Nutzungskataster statt Gewerbe- (und Wohn-) Gebiete auf der grünen Wiese fördern
- Barrierefreiheit in Karlsruhe fortentwickeln
- Förderung des sozialen und des freien Wohnungsbaus, auch durch Umnutzung von bislang anders genutzten Gebäuden
- Gestaltungsmöglichkeiten bei der Umsetzung der Kombilösung
- Lärmschutz auf Basis des aktuellen Lärmaktionsplans vorantreiben
- attraktive Stadteingänge; vor allem Durlacher Allee mit Gewerbe, Bildung, Kultur und Leuchtturm-Architektur
- attraktive und lebenswerte Plätze – Plätzekonzept!
- Vorbereitung einer Internationalen Bauausstellung mit „Grundsteinlegung“ beim 300. Stadtjubiläum 2015
- Entwicklung einer Städtepartnerschaft mit einer türkischen Stadt
- Beibehaltung der demokratischen Wahl des Ausländerbeirates
- generationengerechter und nachhaltiger Umgang mit den städtischen Finanzen
- Kooperationen zwischen Schule und (Sport-)Verein stärken
- „Lust auf Karlsruhe“ bei Karlsruher(inne)n– „Lust auf Karlsruhe“ bei Fremden machen

Ziele

KAL-Meinung zu aktuellen Fragen:

1. Ziel der *Karlsruher Liste* ist es, die individuellen, sozialen und ökonomischen Grundlagen und Entwicklungschancen zu schaffen, damit alle Menschen in Karlsruhe ihre Vorstellungen von Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umsetzen können.

Solidarische Gesellschaft

2. Die *Karlsruher Liste* setzt sich für die Wiedereinführung des Karlsruher Passes ein **Karlsruher Pass**

3. Die *Karlsruher Liste* hat sich immer für den Prozess der Bürgerbeteiligung stark gemacht (siehe auch Kapitel Politische Teilhabe). Zum Beispiel im Rahmen der Agenda 21, vor allem auch beim Beteiligungsverfahren „City 2015“. Darum respektieren wir das Ergebnis des Bürgerentscheids zur Kombilösung.
Für die KAL steht aber der Umbau der Kriegsstraße nach stadtgestalterischen Gesichtspunkten im Vordergrund. Unser Ziel: die Trennwirkung der Kriegsstraße zwischen dem Karlstor und dem Mendelssohnplatz zu reduzieren. **Stärkung der Bürgerbeteiligung**
Umbau der Kriegsstraße steht im Vordergrund

4. Die *Karlsruher Liste* sieht die Umsetzung des von der KAL angeregten, umfassenden Konzepts der Kulturinsel Ostauë als einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Kreativwirtschaft und der Standortfaktoren in Karlsruhe. **Kulturinsel Ostauë (Alter Schlachthof)**

5. Die *Karlsruher Liste* sieht den Schwerpunkt der Sportförderung in Karlsruhe im Bereich „Kinder und Jugendliche im Sport“. Zur Bewältigung dieser Aufgabe unterstützt die Stadt Sportvereine, Einrichtungen und Initiativen organisatorisch und finanziell. **Sportförderung in Vereinen**

6. Die *Karlsruher Liste* unterstützt die Verwirklichung des Landschaftsparks Rhein. **Landschaftspark Rhein**

7. Die *Karlsruher Liste* kämpft seit Jahren für die Südspange zur Entlastung von Hagsfeld bis zur Haid- und Neu-Straße. Eine Weiterführung bis zur Theodor-Heuss-Allee lehnen wir ab. Die KAL lehnt eine zweite Rhein-Autobrücke auf Karlsruher Gemarkung und die Nordumfahrung von Knielingen (Nordtangente-West) zur B36 ab. Durch diese Straßentrassen entstünden neue Zerschneidungslinien – und in der Folge eine erheblich höhere Flächenversiegelung, z.B. durch neue angrenzende Gewerbegebiete. **Keine 2. Rheinbrücke und keine Nordtangente-West (Nordumfahrung Knielingen) oder –Ost Alternative: 2-spurige Südspange Hagsfeld von A5 bis zur Haid- & Neu-Straße**

8. Die *Karlsruher Liste* ist für einen durch einen Investor finanzierten, von der Stadt geförderten Neubau eines Fußballstadions am Gleisdreieck. Gegebenenfalls sollen Trainingsplätze des KSC in ein Gesamtkonzept „Sportpark Durlach“ auf der Unteren Hub einbezogen werden. Eine Bebauung der Hub mit einem größeren Stadionkomplex lehnt die KAL ab. **Neues Fußballstadion am Gleisdreieck**

9. Die *Karlsruher Liste* ist gegen eine Bebauung der nördlichen Rheinstettener Hardt mit einem großen Fleischwerkskomplex: wegen der (Verkehrs-)Belastung durch Lieferverkehr, wegen des Flächenverbrauchs auf der „Grünen Wiese“, wegen des Abbaus von Arbeitsplätzen in der Region und da dieses Gebiet wichtige Naherholungsfunktionen für Karlsruher Bürger besitzt. **Kein Fleischwerk auf der Hardt**

10. Die *Karlsruher Liste* ist vom weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien überzeugt. Jede Verbrennung fossiler Energieträger ist schlecht für den Klimaschutz. Ein gleichzeitiger Ausstieg aus Atom- und Kohlestrom ist aber ohne eine massive Gefährdung der Stromversorgung kurz- bis mittelfristig nicht möglich. Den Ersatz des alten Kohlekraftwerks der EnBW durch (effizientere, sauberere und für Fernwärme geeignete) neue halten wir daher **Ausbau regenerativer Energien**

mittelfristig für unvermeidlich. 2050 sollen die regenerativen Energieträger nahezu vollständig Strom und weitestgehend Heizenergie liefern.

11. Die *Karlsruher Liste* steht weiterhin für den Vorrang von **Abfallvermeidung** vor -verwertung und für den Ausbau der Erfassung des privaten Bioabfalls per Biotonne
12. Die *Karlsruher Liste* will den öffentlichen Raum in den Mittelpunkt stellen und sieht in der Umsetzung und Weiterentwicklung des Plätzekonzeptes eine wichtige Aufgabe. **Plätzekonzept**
13. Der Lidellplatz ist einer der Kristallisationspunkte der „Weinbrennerstadt“ (Quartier zwischen Kaiser-, Adler-, Markgrafen- und Karl-Friedrich-Straße). Dieses städtebauliche Erbe zu pflegen, ist ein besonderer Aspekt der durch die Südentwicklung der Innenstadt initiierten Veränderungen. **Weinbrennerstadt / Quartier Lidell**
14. Die *Karlsruher Liste* unterstützt die Gründung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT). Sie sieht ihre Aufgabe darin von Seiten der Kommunalpolitik den Aufbauprozess positiv zu begleiten und die in den Händen der Kommunalpolitik liegenden Möglichkeiten zu nutzen (z.B. Flächen für räumliche Erweiterungsmöglichkeiten, Verbesserung des ÖPNV zwischen den Einrichtungen). Um die positive Entwicklung fortzusetzen, gilt es, Chancen für eine räumliche Entwicklung in den „Wildpark“ nach Neubau des Stadions zu schaffen. **KIT**
15. Die *Karlsruher Liste* begleitet die Umsetzung der Kombilösung kritisch-anregend. Die Umgestaltung der Kriegsstraße zum lebenswerten Boulevard ist zentrales Anliegen – ein Muss. Die Fußgängerzone und der Marktplatz müssen nach Herausnahme von Schienen und Oberleitungen zur Perle der Innenstadt werden: lebendig, erlebbar, anziehend. **Kombilösung**
16. Die *Karlsruher Liste* arbeitet an einem 300. Stadtjubiläum im Jahr 2015 mit, das Karlsruher(innen), Menschen aus der Region und aus der Fremde gleichermaßen begeistert: Lust auf Stadt – Lust auf Karlsruhe. **Stadtgeburtstag**

MENSCHEN IN KARLSRUHE

Vorbemerkungen

In Karlsruhe leben derzeit ca. 300.000 Menschen, davon sind 51% weiblich. Fast 80% (200.000) der hier lebenden Menschen sind zwischen 15 und 65 Jahre alt und damit im erwerbsfähigen Alter. Etwa 10% (ca. 30.000) haben keine Arbeit, können von ihrer Arbeit nicht leben und benötigen zusätzliche Sozialleistungen, sind nicht erwerbsfähig oder bekommen ihr Geld von der Agentur für Arbeit.

11200 Bedarfsgemeinschaften (Dezember 2008, Statistik Bundesagentur für Arbeit), das heißt insgesamt 22399 Menschen sind durch die Agentur für Arbeit als Mitglieder einer Wohn-/Bedarfsgemeinschaft erfasst. Die meisten von ihnen (93,8%) leben in Mietwohnungen, die Kosten der Unterkunft übernimmt ganz oder teilweise die Stadt Karlsruhe.

Laut einer Bürgerumfrage in Karlsruhe im Jahr 2008 haben 7,6% der Einwohner Karlsruhes ein Einkommen unter 750 € monatlich, dagegen gaben 10,7% an, über 4.000€ monatlich zur Verfügung zu haben. Kinder gehören zu der Bevölkerungsgruppe, die am ehesten armutsgefährdet ist. Rund 5300 Kinder bis 15 Jahre, d.h. jedes sechste Kind lebt in einer Familie, die auf Sozialleistungen angewiesen ist. Das hat Auswirkungen auf Bildungs- und Ausbildungschancen, ebenso kann sich das Wohnumfeld auswirken. 30 % der Haushalte mit Kindern sind arm, davon ist der Anteil der ausländischen Haushalte besonders hoch – dort wird die Armut allerdings laut einer Befragung nicht als so einschränkend erlebt. Das heißt, dass in fast einem Drittel aller Karlsruher Haushalte, in denen Kinder und Jugendliche leben, Kinderarmut kein leerer Begriff ist. Und das, obwohl die meisten der Eltern berufstätig sind.

Die KAL setzt sich jedoch nicht nur für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe ein. Die meisten Menschen gehören mehreren gesellschaftlichen Gruppen an – und alle interessieren uns!

Ein bestimmtes Merkmal wie Alter, Geschlecht, Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe, Religionsgemeinschaft, sexuelle Ausrichtung oder ein geistiges oder körperliches Anderssein darf nicht dazu führen, diese Menschen nur als Zugehörigen, als Teil einer Bevölkerungsgruppe zu definieren. Denn jeder Mensch ist mehr als nur die Summe seiner Teile. In diesem Sinne befürworten wir auch das Gender-Mainstreaming-Konzept der Stadt: Geschlechtergerechtigkeit überall im Blick zu haben. Nicht nur Mädchen, sondern auch Jungs überall die gleichen Chancen zu bieten, beim Bau von Spielplätzen genauso wie bei der Gestaltung öffentlicher Plätze, bei Richtlinien für den Wohnungsbau ebenso wie bei freiwilligen Leistungen für Angebote freier Träger. Unser Ziel: Die Geschäftsstelle Gender Mainstreaming direkt dem Oberbürgermeister zu unterstellen – und damit deren Bedeutung herauszustellen.

In Karlsruhe leben auch Menschen mit unterschiedlichsten Behinderungen. Ein Ziel der Karlsruher Liste ist es seit Jahren, Barrierefreiheit in Karlsruhe zu schaffen. Barrieren im Kopf und auf der Straße abbauen, dieses Ziel wird uns noch lange bewegen. Wenn für alle Bevölkerungsgruppen Verbesserungen der Lebensqualität erreicht werden sollen, heißt das auch: Nicht die Stadt allein kann das umsetzen und nicht alles kann „auf einmal“ erreicht werden.

**Zehn von hundert
Karlsruhern benötigen
Sozialleistungen**

**Kinder sind stärker
armutsgefährdet -
KAL will dies verändern**

**KAL macht Politik für
alle Einwohner**

**Geschlechtergerechtig-
keit überall im Blick
haben**

**Ziel Barrierefreiheit in
Karlsruhe**

In der Gemeinderatsarbeit greifen wir Schwerpunkte und Beispiele heraus, um Grundsätze unserer Politik deutlich zu machen. Wir streben Lösungen für einzelne Teilbereiche an und gehen davon aus, dass damit langfristig allen Karlsruher(inne)n gedient ist.

Langfristige Lösungen

Kinder

Vom Karlsruher Pass bis hin zu einer ausgewogenen Schul-landschaft, von Kitas bis zu Bolzplätzen reichen die Themen, die Kinder in Karlsruhe betreffen. Fangen wir bei den ganz Kleinen an: Unterstützung für Eltern, ob berufstätig oder nicht, hat viel mit der Lebensqualität der gesamten Familie zu tun. Wir unterstützen die Stadt in ihren Bemühungen, ein Netz von Hilfsangeboten für junge Eltern und ihre Kinder aufzubauen. Das reicht von Familienhebammen über frühe Hilfen bis zu den Müttercafés. Unser Ziel ist nicht, dass die Stadt dies alles allein anbietet. Wir treten dafür ein, dass freie Träger / Organisationen, die Aufgaben für die Stadt übernommen haben, in ihrer Arbeit adäquat finanziell unterstützt werden. Es gehört zu unserem Selbstverständnis, dass wir uns nicht in die Regelungen freier Träger einmischen. Wir wollen aber dass deren Vernetzung deutlich sichtbar und für alle überschaubar dargestellt wird. Damit alle wissen: Hier geschieht sinnvolle Arbeit und hier gibt es keine Doppelstrukturen, die doppelt Geld kosten.

Hilfsangebote für Eltern und Kinder

Um alle Angebote sinnvoll zu nutzen, ist es für die Familien wichtig zu wissen, welche es gibt. Ohne einen Lotsen durch die Stadt oder durch die Agentur für Arbeit ist es allerdings schwer, die richtigen Angebote zur rechten Zeit herauszufinden. Unser Ziel: Hilfsangebote müssen allen Familien bekannt sein! Zum Beispiel der Schulsachenfonds: eingerichtet nach einem auch von der KAL unterstützten Antrag des Gemeinderats stehen hier Gelder für Anschaffungen im neuen Schuljahr bereit. Demnächst werden alle Familien, die Geld von der Agentur für Arbeit erhalten, von dort Geld für Schulsachen bekommen. Der Fonds der Stadt muss auch für die Familien gelten, die „nur“ Wohngeld bekommen!

Lotsenfunktion für berechnete Familien

„Kostenfreiheit von Erziehungs- und Bildungseinrichtungen“ ist eines der Ziele, auf die wir hinarbeiten müssen – also ein langfristiges Ziel. Dazu gehört in Ganztageseinrichtungen auch das Mittagessen. Die Schwierigkeit liegt hier in der Gerechtigkeitsfrage: Wem können wir zumuten, Angebote zu bezahlen und welche Kinder bekommen es ohne Kostenbeteiligung.

Langfristiges Ziel: Kostenfreiheit von Erziehungs- und Bildungseinrichtungen

Die „Wiedereinführung des Karlsruher Passes“ gehört dagegen zu den Zielen, die wir jetzt umsetzen. Kinder sollen die Nutznießer dieses Angebots sein. Auch Erwachsene, die in finanziell prekärer Situation leben, sollen wieder in den Genuss dieses Ausweises kommen. Wie der Karlsruher Pass gefüllt wird, welche Angebote dann wieder dazu gehören: Das wird zu verhandeln sein.

Kurzfristiges Ziel: Wiedereinführung des Karlsruher Passes

Leise Themen haben kein Urheberrecht. Und: einer guten Idee ist es egal, wer sie hat. Für uns ist nur eines wichtig: Im Interesse der Menschen, die einen Vorteil von dieser Idee haben (wie dem Karlsruher Pass in neuer/alter Form) die Wiedereinführung sichern.

Kinder brauchen genug Raum für ihre persönliche Entwicklung - sei es in der Schule oder auf dem Spielplatz. Jugendliche sollen sich dort ausprobieren können, wo sie nicht sofort wieder an Grenzen stoßen. Also eher in kleinen, selbst gestalteten und selbst

Kinder brauchen Raum

verwalteten Räumen als in einer großen Jugendfreizeitstätte. Ausländische Jugendliche oder junge Menschen mit Migrationshintergrund nutzen Jugendzentren eher. Dabei ist positiv zu bemerken, wenn Cliques international gemischt sind

Gut ist, dass viele Jugendliche sich in Vereinen, Kirchengemeinden oder auf Sport- und Bolzplätzen treffen. Schwierig wird es da, wo sich ältere Jugendliche auf Plätzen, die für Jüngere gedacht sind, aufhalten.

Die Stadt will in den kommenden Jahren viel Geld in die Hand nehmen für die Erweiterung von Kindergartenplätzen für Kinder unter drei Jahren – und natürlich auch für Kinder von drei bis sechs Jahren. Hier unterstützt die KAL die Stadt in vollem Umfang. Allerdings ist uns aus verschiedenen Gründen - Kosten, Klimaschutz, Betreuungsqualität - wichtig, dass diese neu einzurichtenden Gruppen in qualitativ angemessenen Räumen untergebracht werden: Keine Container-Dauerlösungen, aber auch keine Luxusräumlichkeiten. Wo es geht, sollten flexible Lösungen geschaffen werden, Denn die Zahl der „nachwachsenden“ Kinder ist schwer zu schätzen. Und Räume, die heute für Kinder unter drei Jahren gebaut werden, werden in ein paar Jahren vielleicht als Schülerhort oder Seniorenbegegnungsstätte gebraucht.

**Kindertages-
einrichtungen
in guter Qualität**

Bildung

Alle Kinder fangen gleich an: mit der Grundschule. Für Kinder, die einen besonderen Förderbedarf brauchen, gibt es zum Glück auch in der Stadt Karlsruhe besondere Schulformen. Für Kinder, deren Eltern berufstätig sind, gibt es Ganztages-Angebote in verschiedenen Formen. Diese Angebote stehen theoretisch allen Kindern offen. Aber nicht überall in der Stadt gibt es das passende Angebot. Unser Ziel ist, das Angebot zu erweitern und den Eltern und Kindern Wahlmöglichkeiten aufzuzeigen.

Schulangebot erweitern

Dazu gehört für die KAL auch, dass der Instandhaltungs- und Sanierungsstau bei den Schulen zügig aufgelöst wird. Wo noch keine kostenkontrollierte Planung vorhanden ist, muss die Verwaltung aktiv werden.

Ein weiteres Ziel: Alle Schularten können in Zukunft auch eine Ganztagesform anbieten. Der Zusammenhang zwischen dem Besuch einer Ganztagesesschule und z.B weniger Schulstress als bei Gleichaltrigen in der Regelschule wird sehr eindrücklich in einer Studie der Stadt Karlsruhe mit Zahlen belegt.

Ganztagesesschulen

Für viele Schulen in der Stadt gibt es ein Schülerhortangebot. Der Bedarf ist jedoch größer als das Angebot. Die Stadt ist bemüht, dem Rechnung zu tragen und kurzfristig Lösungen anzubieten. Allerdings darf auch hier die Lösung nicht auf Kosten der Qualität und der Nachhaltigkeit gehen! Das Erweitern geht kurzfristig durch Aufstellen von Containern. Aber eine Containerlösung darf es nur für den kurzfristigen Bedarf geben – nicht als Dauerlösung und schon gar nicht als „Verhinderer“ von Planungen.

**Schülerhorte für den
kurzfristigen und für
den langfristigen
Bedarf**

Wie die Schullandschaft in Karlsruhe künftig aussehen wird, muss in aller Gründlichkeit, unter Beteiligung der Schulen und der Eltern und mit Blick auf die Gesamtstadt bearbeitet werden. Kurze Wege für kurze Beine und erreichbare Standorte für alle weiterführenden Schulformen: So sollen unserer Meinung nach die Schulstandorte

**Kurze Wege für kurze
Beine**

verteilt werden. Dazu gehört, Schulbauten so zu planen und zu gestalten, dass sie flexibel genutzt werden können.

Bereits begonnene Kooperationen von Schulen und Kindertageseinrichtungen mit Sport- und anderen Vereinen und anderen Vereinen müssen vertieft und ausgebaut werden. Wenn auch die Kommunalpolitik keinen Einfluss auf die Lern-Inhalte und die Schulformen hat, so kann sie doch Rahmenbedingungen schaffen, die allen Kindern gerecht werden. Dazu gehört auch ein möglichst früher Praxisbezug für Jugendliche, die eher praktisch bildbar sind.

Kooperation Schulen, Kindertageseinrichtungen, Sport- und andere Vereine

Arbeitsplätze

Vollbeschäftigung wird nicht zu erreichen sein – auch nicht in einer Stadt, der es vergleichsweise so gut geht wie Karlsruhe. Die Stadt bietet auf dem ersten Arbeitsmarkt ca. 150.000 Arbeitsplätze. Wir haben eine vergleichsweise geringe Arbeitslosenzahl (6 bis 7%, wie im Bundesdurchschnitt/West). Dazu bietet Karlsruhe auf dem zweiten Arbeitsmarkt Erwerbsmöglichkeiten, z.B. in den Werkstätten für Behinderte. Aber es gibt kaum Arbeitsplätze für gering qualifizierte, wenig leistungsfähige Menschen in Karlsruhe. Ziel der Karlsruher Liste ist es, genau für diesen Personenkreis Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Die gute Zusammenarbeit zwischen Agentur für Arbeit und Stadt sowie eine spezielle Förderung einfacher Arbeitsplätze sollten hier mehr ermöglichen. Auch für Jugendliche mit „Startschwierigkeiten“ müssen Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sein.

Arbeitsplätze für gering qualifizierte, wenig leistungsfähige Menschen in Karlsruhe

Die Karlsruher Leitlinien zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwandern stecken ein weiteres Feld ab: Ausbildungsbereitschaft und Erweiterung des Berufsspektrums erhöhen die Chancen auf Teilhabe am Wohlstand für diesen Teil der Stadtbevölkerung. Dieses Ziel soll nicht nur für Migranten und Migrantinnen gelten! Integration heißt auch, dass junge Menschen nicht aufgrund ihres (fremd klingenden) Namens oder aufgrund ihres Wohnortes benachteiligt werden. Das gilt für Ausbildungsplätze innerhalb des Konzerns Stadt ebenso wie für Firmen und Betriebe, die in Karlsruhe ansässig sind.

Karlsruher Leitlinien zur Integration

Ausbildungsplätze ohne Benachteiligung bestimmter Jugendlicher

Für einige Menschen ist der Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit mit großen Herausforderungen verbunden. Hier ist die Agentur für Arbeit nicht immer ein hilfreicher Partner. So wie es Lotsen aus der Wohnungslosigkeit gibt, sollte die Stadt eine Lotsenfunktion aus der Arbeitslosigkeit forcieren. Der Anstoß muss von politischer Seite kommen, die Umsetzung kann von einem freien Träger oder einer anderen geeigneten Institution geleistet werden.

Städtische Lotsen aus der Arbeitslosigkeit

Wohnen

Kinder leben im Stadtteilbezug. Der Verlust oder das Fehlen von Aktionsräumen im Stadtteil hat das Vereinzeln von Kindern in den Wohnungen zur Folge. Der Medienkonsum steigt. Kinder wollen spielen, Kinder müssen spielen. Für soziale Lernprozesse sind Aktionsräume notwendig. Das sind insbesondere naturbelassene Räume, ohne pädagogischen Zuckerguss, mit Ecken und Kanten, aber auch Straßen und Gehwege, auf denen jederzeit gespielt werden kann. Unser Ziel: Kinder in die Planung von Spiel- und anderen Plätzen einbeziehen.

Aktionsräume im Stadtteil für Kinder

Jugendliche brauchen „reizvolle“ Begegnungsmöglichkeiten im Stadtteil, sie suchen Abenteuer und wollen ihre Kräfte messen ohne pädagogischen Zeigefinger der Erwachsenen: Sie brauchen Plätze zum Bolzen und Toben. Unser Ziel: Jugendliche in die Planungen von Wohnbebauung und Begegnungsorten einbeziehen.

Jugendliche in Planungen einbeziehen

Ältere Menschen zieht es zurück in die Stadt. Nach der Familienphase im Speckgürtel wird Karlsruhe wieder attraktiv. Aus unserer Sicht ist die Frage, wie das Potenzial dieser teilweise noch „jungen Alten“ genutzt werden kann. Menschen, die Zeit haben und über Fähigkeiten verfügen, die anderen nutzen, und Menschen, die diese Fähigkeiten brauchen, gilt es zusammenzubringen. Dazu muss das Angebot an hellen, modernen, altersgerechten und bezahlbaren Wohnungen im gewohnten Stadtteil oder in der Innenstadt ausgebaut werden. Nahversorgung und Hilfsorganisationen müssen in erreichbarer Nähe sein.

Potenziale der „jungen Alten“ nutzen

Ein Mietspiegel, wie es ihn in anderen großen Städten seit Jahren gibt, fehlt in Karlsruhe. Das ist bedauerlich, weil hier die Chance nicht genutzt wird, die tatsächlichen Preise für Wohnraum herauszufinden. Die Situation auf dem Karlsruher Wohnungsmarkt wird sich weiter verschärfen, weil bezahlbarer Wohnraum ein immer kostbareres Gut wird. Hier ist die Stadt gefordert, sozialen Wohnungsbau wieder zu fördern.

Einführung eines Mietspiegels – Förderung sozialen Wohnungsbaus

Für obdachlose Menschen wird seit einigen Jahren sehr erfolgreich Wohnraum akquiriert und renoviert: Mit der Volkswohnung als städtischer Gesellschaft zusammen sollte es möglich sein, für alle Menschen ohne Wohnung geeigneten Wohnraum zu schaffen. Weitere Mittel für das Programm Wohnraumakquise und kreative Nutzung des städtischen Gebäudebestands finden unsere volle Unterstützung.

Wohnraum für alle Menschen ohne Wohnung

Wohnungslose Menschen gehören noch zum Stadtbild von Karlsruhe. Für diesen Personenkreis müssen nicht nur Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden sein. Hier ist auch ein Betreuungsangebot nötig. Denn viele Wohnungslose sind seelisch oder körperlich krank und brauchen ein niederschwelliges Hilfsangebot zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit oder zumindest zur Stabilisierung ihrer Situation.

Betreuungsangebot für Wohnungslose

Finanzielle und soziale Notlagen

Die Karlsruher Liste steht für Geduld, Beharrlichkeit und neue Ideen. Wir wissen, dass der Weg zum Erfolg lang sein kann und dass dies dann von allen gefeiert wird.

Die KAL steht für Geduld, Beharrlichkeit und neue Ideen.

Beharrlichkeit entwickelt haben wir beim Karlsruher Pass. Die Ausgrenzung von vielen Bevölkerungsteilen hat uns nicht ruhen lassen. Erwachsene, die arm sind, haben genauso ein Recht auf Partizipation wie Kinder, die arm sind. Armut macht einsam und der Karlsruher Pass war – und wird wieder – ein wichtiges Instrument gegen Vereinsamung. Ein Zoospaziergang, Fahrten mit der Straßenbahn oder ein Schwimmbadbesuch gehören hierher. Bildungsangebote für Kinder wie ermäßigte Kursgebühren bei der Volkshochschule oder ein Jahresbeitrag für einen Verein sollten dazukommen.

Karlsruher Pass als Instrument der Teilhabe

Geduld brauchen wir als Karlsruher Liste gegenüber der Verwaltung, wenn es um die Umsetzung unseres politischen Willens geht. So nachvollziehbar der Sparwille der Stadt auf der einen Seite ist, so inakzeptabel sind kurzsichtige Kürzungen im sozialen Bereich. Für sozial wichtige Aufgaben werden wir Mehrheiten finden – wie zum Beispiel beim Schulhilfefonds oder bei der Unterstützung des Hospizvereins für den Stadt- und Landkreis.

Ziel: Mehrheiten finden

Neue Ideen entwickeln sich oft aus Gegebenheiten, die nicht mehr akzeptabel sind. Wie zum Beispiel die Bildungssituation der Kinder in sozialen Brennpunkten. Die Arbeit mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Landfahrerplatzes zeigt, dass es möglich ist, Politik ganz konkret umzusetzen – zusammen mit den Betroffenen.

Bildungssituation von Kindern in sozialen Brennpunkten

Hier zeigt sich Karlsruhes Reichtum: Die Beweglichkeit der Verwaltung, die Umsetzung von politischen Ideen, die Entwicklung neuer Handlungsmöglichkeiten und die Einigkeit über alle Parteigrenzen hinweg, wenn es um das Wohl von Kindern geht.

Das Wohl der Kinder steht im Mittelpunkt

Reichtum zeigt sich aber auch darin, dass Vereine, freie Träger und Organisationen im sozialen und schulischen Bereich ein offenes Ohr (wenn auch nicht immer gleich einen offenen Geldbeutel) im politischen Bereich und auf Verwaltungsebene finden. Das ist nicht in allen Städten so.

Freie Träger finden ein offenes Ohr

Ziel der Karlsruher Liste ist, sich für alle Menschen, die in Karlsruhe leben, zu engagieren. Lust auf Stadt darf nicht ausgrenzen sondern muss heißen: Nicht der volle oder der leere Geldbeutel bestimmt die Lebensqualität, sondern die Möglichkeiten, die die Stadt anbietet, für alle nutzbar zu machen.

**Ziel der KAL:
Engagement für alle Menschen, die in Karlsruhe leben**

POLITISCHE TEILHABE

Die *Karlsruher Liste* will ein Mehr an kommunaler Demokratie. Dies wird nach unserer Auffassung durch erweiterte Möglichkeiten der Beteiligung der Einwohner an politischen Prozessen erreicht. Dadurch sollen mehr Menschen „Lust“ auf Politik in der Stadt Karlsruhe bekommen und sich vermehrt an den Prozessen in der Kommunalpolitik beteiligen. Hierzu stehen verschiedene Instrumente der Kommunalpolitik zur Verfügung. Diese sind zum Beispiel

- Bürgerinitiativen
- Bürgervereine und Initiativ- oder Stadtteilgruppen
- Bürgerversammlungen
- Bürgerentscheide
- Anhörung von Vereinen und Verbänden
- Organisierte Beteiligungsverfahren (vgl. u.a. „Stadtentwicklung City-West“)
- Öffentlichkeit von Sitzungen des Gemeinderates und bestimmter Ausschüsse
- Ortschaftsverfassung

Ein zentraler Punkt politischen Handelns für die *Karlsruher Liste* ist die direkte Einbeziehung der Karlsruher Einwohner in politische Prozesse. Dieser Anspruch der KAL spiegelt sich in vielfältiger Mitgliedschaft und Mitarbeit ihrer Anhänger in Karlsruher Initiativen. Impulse aus der Bevölkerung werden deshalb grundsätzlich unterstützt.

Es existiert bei der Verwaltung ein grundlegendes Missverständnis in der Frage der Beteiligung der Einwohner. Im Wesentlichen wird darunter Akzeptanzbeschaffung verstanden. Eine Beteiligung, die ihren Zweck erfüllt, nämlich Entscheidungen konfliktfreier umzusetzen, braucht jedoch die frühzeitige Einbindung der Einwohner in den Entscheidungs- und Lösungsfindungsvorgang. Gegebenenfalls müssen die Verwaltung und der Gemeinderat Lösungen mittragen, die nicht ihrer ursprünglichen Intention entsprechen. Die Bürger wiederum müssen lernen, dass in einer parlamentarischen Demokratie vom Gemeinderat Einzelinteressen abgewogen und dann entschieden wird.

Wichtige Verfahren der Bürgerbeteiligung sind:

- 1) Mediation mit neutralem Vermittler (ein neutraler Vermittler arbeitet zwischen verschiedenen Interessenstandpunkten um Entscheidungsblockaden aufzulösen)
- 2) Planungszelle mit Bürgergutachten (eine im Zufallsverfahren ausgewählte Gruppe von Bürgern, die konkret den Planungsprozess mitbestimmen und ein so genanntes Bürgergutachten zur jeweiligen Planung abgeben)
- 3) Mehrstufiges Dialogisches Verfahren (ein Dreischrittverfahren: Interviewbefragung – Interessenverbändemoderation – Bürgergutachten)

Die *Karlsruher Liste* ist der Auffassung, dass mit solchen Verfahren

Die KAL will ein Mehr an kommunaler Demokratie

Aktive Mitarbeit – Bürgerinitiativen

Organisierte Beteiligungsverfahren

und entsprechenden Finanzmitteln (Budgetierung) eine bessere Beteiligung der Einwohner an politischen Entscheidungsprozessen realisiert werden kann.

An einer echten direkten Beteiligung der Einwohner geht kein Weg mehr vorbei. Sonst werden in Zukunft immer mehr Planungen vor Gericht enden, damit noch längere Realisierungszeiten in Anspruch nehmen, so erhebliche zusätzliche Kosten verursachen oder sogar gänzlich scheitern. Es wäre deshalb vernünftig, in Zukunft bei größeren Planungen bereits ein bis zwei Prozent der Planungskosten für konkrete Beteiligungsmaßnahmen einzuplanen, wie sie oben erwähnt sind.

Entscheidungen des Gemeinderates (und damit auch der Verwaltung) müssen für die Einwohner nachvollziehbar sein. Ein immer wesentlicherer Teil kommunaler Entscheidungen findet allerdings in Aufsichtsräten quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die als Aufsichtsräte entsandten Stadträtinnen und Stadträte sind vom Gesetz her in erster Linie dem Wohl der Gesellschaft (GmbH, AG) verpflichtet. Die weitere Privatisierung von städtischen Kernaufgaben und Interessen ist kritisch zu hinterfragen und im Einzelfall zu prüfen.

Für das Verhältnis von Öffentlichkeit und Entscheidungen in Gremien städtischer Gesellschaften sind neue Spielregeln zu entwickeln. Der Gemeinderat als wichtigstes Organ muss dem Wahlbürger und Einwohner ohne Gefahr der Verletzung der Vertraulichkeit auch künftig Rede und Antwort stehen können. Die rechtlichen Grundlagen hierfür sind zu schaffen.

Das in der Gemeindeordnung festgelegte Prinzip der Öffentlichkeit von Sitzungen ist strikt zu achten. Nur so kann das Interesse der Einwohner an der Kommunalpolitik stärker geweckt werden. Öffentliche Sitzungen sorgen für mehr Transparenz und bauen Misstrauen ab.

Eine Teilnahme an öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats muss dem Besucher, etwa einer Schulklasse, auch erlauben, der Beratung zu folgen. Der Bürgersaal ist dazu baulich (bisher keine Sicht von Besuchertribüne auf die Stadträtinnen und Stadträte) noch nicht geeignet. **Umbau tut not.** Die Sitzungsunterlagen öffentlicher Sitzungen sollten möglichst weit vor den Sitzungen öffentlich zugänglich sein. Die multimediale Aufbereitung von Inhalten im Sinne der Besucher und Stadträte ist zu verstärken. Negativbeispiel bisher sind die Gemeinderatssitzungen zur Beratung des Doppelhaushalts! Eine zeitnahe Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle ist für die KAL ein Muss. Eine Live-Übertragung ins Internet samt einer kurzen Aufbereitung der Fragestellungen für den Internetnutzer sollte im Oberzentrum der Technologieregion selbstverständlich sein.

Die Karlsruher Ortschaftsräte haben sich im Großen und Ganzen bewährt. Fragen aus den Teilorten werden von Menschen angegangen, die sich im jeweiligen Ort auskennen. Seit Einführung der Ortschaftsverfassung 1970 wurde in den Teilorten manches bewegt. Neben dem Ortschaftsrat hat die örtliche Einwohnerschaft mit der dortigen Verwaltung auch noch kompetente Ansprechpartner. Die Ortsverwaltungen werden immer stärker zu Servicezentren. Das Angebot ist entsprechend den Bedürfnissen und Möglichkeiten weiter zu entwickeln.

Direkte Beteiligung

Stopp der GmbHisierung von kommunalen Kernaufgaben

Neue Spielregeln für Zusammenarbeit von Aufsichtsräten und Gemeinderat

Öffentlichkeit von Sitzungen / Transparenz von Entscheidungen

Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen / Umbau des Bürgersaals

Ortschaftsverfassung – Nähe im Teilort

KULTUR

Kultur (be)lebt

„Lust auf Stadt“ – ohne Kultur in der Stadt unvorstellbar. Doch was heißt „Kultur in der Stadt“? Egal wie weit man den Begriff „Kultur“ fasst: Eine lebendige Kulturszene lässt sich nur schwer in Schubladen stecken. In diesem Kapitel geht es im Wesentlichen um die städtisch geförderte Kultur – sei es mit Geldmitteln, sei es durch organisatorische Unterstützung.

Große Zufriedenheit der Bürger Karlsruhes mit dem kulturellen Angebot der Stadt ist ein nicht zu vernachlässigender Indikator für die Zufriedenheit der Bürger mit der Stadt im Ganzen. Kulturelle Vielfalt ist ein wichtiger Aspekt für die Lebensqualität der Bürger in Stadt und Region (und wirbt nicht nur nebenbei für Karlsruhe).

Karlsruhe bietet unzählige Möglichkeiten: Die KAL will die Lust auf Kultur in Karlsruhe fördern.

städtisch geförderte Kultur

Kulturelle Vielfalt ist ein wichtiger Aspekt für die Lebensqualität

Kultur als Bildungschance

Unterschiedliche Kulturangebote sind auch Bildungschancen. Kultureinrichtungen sind Bildungsträger. Bekannte Beispiele sind die Volkshochschule, das Konservatorium, die Jugendkunstschule oder Jugendtheaterclubs von Sandkorn und Staatstheater. Diese Rolle der Kulturanbieter wird angesichts der vielen schwierigen Lebenswege von Jugendlichen immer wichtiger: Kultur hilft, bessere Schul- und Ausbildungsabschlüsse zu erzielen.

Kultur bildet – Kultur hat soziale Funktion

Kulturelle Vielfalt braucht Unterstützung

Unterstützung haben alle verdient: Große Einrichtungen wie Landesmuseum, ZKM oder Badisches Staatstheater, mittlere Einrichtungen wie Tollhaus oder Sandkorn-Theater und die so genannte Klein- und Soziokultur begründen die kulturelle Vielfalt Karlsruhes. Die Klein- und Soziokultur wird durch viele Initiativen hervorgebracht; Beispiele sind der Tempel in Mühlburg oder die Orgelfabrik in Durlach.

Ein Oberzentrum muss eine große kulturelle Vielfalt anbieten

Feste Einrichtungen – Theater, Musik- und andere Spielstätten, Museen, Stadtbibliothek u.a. – kosten das meiste Geld. Die Stadt steht in der Pflicht, die Grundlast der als förderungswürdig anerkannten Institutionen zu finanzieren. Gerade diese Förderung unterscheidet deutsche bzw. europäische Städte von zum Beispiel solchen in den USA: (geförderte) Kultur ist unabhängig, ist für alle da und für alle bezahlbar.

Kultur ist unabhängig, ist für alle da und für alle bezahlbar.

Daneben müssen auch Projekte eine Chance haben, gefördert zu werden: zum Beispiel neue und spannende Kunstideen oder Festivals. Die Karlsruher Kultur muss lebendig bleiben, offen sein für Veränderungen. Doch darf Traditionelles mit Qualität nicht dem „Event“-Zeitgeist geopfert werden.

Kulturprojekte

Vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Haushaltsslage kann auch Karlsruhe bei der Kulturförderung Einsparungen nicht immer vermeiden. Das heißt aber nicht, dass automatisch die Qualität der kulturellen Angebote in Karlsruhe sinken muss. Es ist

Auch die Kultur muss sich wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellen

auch ein Antrieb für manche Kultureinrichtungen (Staatstheater!), sich der Aufgabe zu stellen, neue Geldquellen zu finden, gegebenenfalls Altes über Bord zu werfen und mit künstlerischer Kreativität kostengünstiger Neues zu entwickeln. Einrichtungen wie das Tollhaus mit vorbildlicher Kostendeckung zeigen den Weg.

Das Sponsoring kultureller Einrichtungen, Künstler und Künstlerinnen in Karlsruhe muss eine bedeutendere Stellung bekommen. Hier kann, ja muss die Stadt Mittlerfunktion übernehmen. Die Kulturpolitik sollte den Ansatz einer Sponsorenbörse neu diskutieren. Die Stadt samt ihren wichtigsten Repräsentanten muss die Kultureinrichtungen bei ihren Bemühungen um „Drittmittel“ unterstützen.

Stadt als Mittler beim Sponsoring

Ein starkes städtisches Kulturmanagement ist wichtig, das neue Entwicklungen erkennt und unterstützt sowie gegebenenfalls auf verkrustete Strukturen hinweist. Nicht die Stadtverwaltung macht kulturelle Vorgaben, wie die Kultur in Karlsruhe auszusehen hat. Vielmehr ist die Verwaltung im Rahmen eines effizienten Kulturmanagements Dienstleister für Kulturschaffende, die in und für die Stadt Kultur „machen“ wollen. Diese Art der Unterstützung gilt auch den Kulturtreibenden, die keine direkte finanzielle Förderung durch die Stadt erhalten!

Kulturmanagement als Verwaltungsaufgabe

Das geplante neue Kulturmarketing der Stadt „K wie Kultur – K wie Karlsruhe“ bietet die Chance, Kulturorganisationen unter sich und die Stadt mit den Kulturorganisationen noch stärker zu vernetzen. Diese Chance sollte wahrgenommen werden. Der finanzielle Grundstock der Stadt zum Startschuss sollte nicht zu eng bemessen sein, um den Erfolg nicht zu gefährden. Und langfristig kann die Vernetzung durch ein gemeinsames Marketing Geld sparen.

Kulturmarketing

Kulturentwicklungsplan

Nicht alles Wünschenswerte ist finanzierbar. Nicht alles Finanzierbare ist förderungswürdig. Nicht alle starken Ideen reifen in wenigen Monaten. Notwendig erscheint ein laufend fortzuschreibender Kulturentwicklungsplan – eine Art Bestandsaufnahme mit Vision: Wohin soll die kulturelle Reise gehen? Wofür will die Stadt in Zukunft mehr, wofür weniger Geld in die Hand nehmen. Kulturförderung darf keine geschlossene Angelegenheit für die Alteingesessenen sein. Die Vorschläge für die Zukunft und die Vision sollten Kulturpolitik und Kulturszene im Dialog entwickeln.

laufend fortzuschreibender Kulturentwicklungsplan

Die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung aufgestellten Kriterien der Förderung sind dafür ein guter Ansatz. Jetzt muss die Kulturpolitik, beraten durch die Verwaltung Farbe bekennen: welche Kultureinrichtungen, welche Kulturprojekte erfüllen welche Kriterien! Diese Beurteilung braucht öffentliche Debatte. Denn nur dann ist der Weg für die Betroffenen und für die Bürger transparent.

Kriterien für Kultureinrichtungen

Jugendkultur

Für den Bereich Kinder- und Jugendtheater muss dringend ein neues, tragfähiges Konzept entwickelt werden. Mit der Schließung des Bluemix in der Wilhelmstraße gegen den Willen der KAL ging

Konzept Kinder- und Jugendtheater

eine zentrale und beliebte Spielstätte ersatzlos verloren. Eine neue eigene Spielstätte – etwa auf dem Alten Schlachthof – ist eine zentrale Forderung, vor allem als Prozebühne.

Noch wichtiger als die Hardware sind beim Theater die Handelnden. Geeignete Personen aus der Theaterszene könnten den Aufbau eines neuen Kinder- und Jugendtheaters übernehmen, aufbauend auf den Erfahrungen mit den bestehenden Jugendtheatergruppen. Denkbar ist auch die Ausschreibung einer „Intendanz“ für ein „neues Bluemix“. Dieser Intendant inszeniert mit Jugendlichen, freien Schauspielern und wechselnden Ensembles die Stücke.

Freie Kultur

Die freien Kultureinrichtungen in den Stadtteilen (z.B. KOHI-Kulturraum in der Südstadt, Tempel in Mühlburg) stehen für eine kulturelle Vielfalt: Vorträge, Lesungen, Konzerte, (Kunst-)Ausstellungen. Hier wird nicht nur soziokulturell gearbeitet – hier werden kulturelle Formen ausprobiert, die vielleicht in ein paar Jahren groß herauskommen.

Karlsruher Vorzeigemodell: Das Tollhaus am Schlachthofgelände, schon längst überregional etabliert, wurde vor allem dank der Unterstützung der KAL erweitert. Zukünftig kann das Kulturzentrum noch spannendere, qualitativ hoch stehende Veranstaltungen auf zwei Bühnen und auch im Foyer bieten.

Zusammen mit dem Substage bildet das Tollhaus den Kern der Kulturinsel (und des Zentrums für Kreative) „Alter Schlachthof“. Auf Idee der Karlsruher Liste entstanden, von uns gegen anfangs Widerstände vorangetrieben, ist dieses Kulturgewerbegebiet **die** Chance für Karlsruhe. Nicht nur für Kulturbetriebe und Künstler, sondern auch für die boomende Kreativwirtschaft.

Die KAL wird diese Entwicklung weiterhin massiv unterstützen und auch vor Fehlentwicklungen warnen: Nicht die schnelle und geldbringende Vermarktung, sondern der richtige Mix sorgen für eine erfolgreiche Zukunft des Alten Schlachthofs.

Kultur lebt von Kulturmachern. Junge Kulturmacher sind anders als die alten Hasen, machen andere Kultur. Ab wann ist Musik „Disco“, ab wann „ernste Kultur“? Wenn jemand tanzt zur Musik, ist es dann nur Unterhaltung?

Oft sind die neuen jungen Angebote an der Grenze zwischen kommerzieller Wirtschaft – z. B. in Clubs – und nicht wirtschaftlichem Kulturladen angesiedelt. Zwar können kommerzielle Angebote nicht durch die Stadt bezuschusst werden. Aber freie Kultureinrichtungen wie vor allem das Gotec und andere Szenetreffs haben Anspruch auf organisatorische Unterstützung durch das Kulturmanagement der Stadt, wenn sie es wünschen. Insbesondere wenn es um Räume und wenn es um ambitionierte, künstlerische Projekte geht.

Sinnvoll wäre eine Stimme der Jungen im Kulturausschuss der Stadt.

Kultureinrichtungen in den Stadtteilen

Tollhaus als Vorzeigemodell

Substage und Tollhaus – Kern des Alten Schlachthofs

Clubkultur – Beispiel Gotec – organisatorisch helfen

Nachtleben

In Karlsruhe kann man das Nachtleben in all seinen Facetten genießen. Neben den vielen Gaststätten und Kneipen hat sich eine regionale Clubszene in Karlsruhe etabliert. Diese braucht sich nicht gegenüber anderen Städten zu verstecken. Regionale DJs haben in Karlsruhe und Umgebung mittlerweile einen guten Ruf. Sie verstehen sich als Künstler (DJ-Kultur), die das Abspielen und Mischen ihrer Tonträger zelebrieren und das Publikum zum Grooven bringen.

**Facettenreiches
Nachtleben als weicher
Standortfaktor**

Dabei gibt es die vielfältigsten Stilrichtungen, wobei die Auftritte der DJs wie Konzerte anzusehen sind, die teilweise große Fan-Gemeinden hinter sich haben. Zudem haben sich die Ausgeh-Gewohnheiten der jungen Menschen verändert: Vor 23 Uhr geht kaum jemand weg.

**Clubszene: Kultur und
Freiheit**

Die Clubszene sollte von der Stadt als Kultur- und Freizeitbeitrag angesehen werden. Noch hat sich diese Sicht nicht in der Stadtverwaltung durchgesetzt. Die KAL will die Stadtverwaltung sensibilisieren, dass ein ausgeprägtes Nachtleben – wie zum Beispiel durch eine gute Clubszene – neben guter Gastronomie und Kneipenvielfalt ein wichtiger weicher Standortfaktor für Karlsruhe ist. Dazu gehört eine flexiblere Handlungsweise seitens der Stadtverwaltung für die Genehmigung von Open-Air-Tanzveranstaltungen. Aber auch eine Gleichbehandlung von Clubs, Musikkneipen und Diskos: Wer sich an Lärmauflagen, Sperrzeiten und Plakatierregeln hält, darf nicht bestraft werden, indem die Sünder ungestraft bleiben.

Badisches Staatstheater

Das Badische Staatstheater ist ein zentraler Bestandteil der Karlsruher Kulturszene und unverzichtbar, auch wenn es hohe Subventionen verschlingt: Rund drei Fünftel der städtischen Kulturförderung fließen ans Staatstheater. Doch bei einem Zuschuss zu jedem Staatstheaterbesuch von rund 200 Euro – je zur Hälfte durch Land und Stadt – muss sich das Haus einer grundsätzlichen Ausgabenkritik stellen.

**Badisches Staats-
theater: zentraler
Bestandteil der
Karlsruher Kulturszene**

Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM)

Das ZKM ist nicht nur eines der kulturellen Aushängeschilder von Karlsruhe. Vor allem die dort erdachten und entwickelten Techniken für die Nutzung der gar nicht mehr neuen Medien, sowie die kritische Auseinandersetzung mit den Konsequenzen für die Gesellschaft sind für die Zukunft von Bedeutung. Die KAL hat den Weg des ZKM von der Gründungsidee bis zur heutigen weltweit anerkannten Institution als Labor, Ort der Kunst und modernes „Museum“ positiv kritisch begleitet.

**ZKM kulturelles Aus-
hängeschild von
Karlsruhe**

Mit dem Aufbau war auch die Stadt Karlsruhe finanziell stark gefordert. Heute noch übernimmt die Stadt neben dem Land die Hälfte der Grundfinanzierung – immerhin rund sieben Millionen Euro pro Jahr. Weitere Mittel muss das ZKM im Wesentlichen selbst erwirtschaften.

Wo muss die Stadt helfen? Bei Restrukturierungen zur Senkung der laufenden Ausgabe, bei der anstehenden Grundsanierung der Gebäude und beim Ersatz der schnell veraltenden Technik. Darin sieht die KAL die städtische Aufgabe der Zukunft..

Ziele der Karlsruher Liste in der Kulturpolitik

- Kulturpolitik soll den verschiedenen Formen der Kultur den Weg ebnen, damit sie sich entfalten können, allerdings ohne sich direkt in die Inhalte der Kultur einzumischen. Sie sollte die gesellschaftlichen, demokratischen, aber auch finanziellen Grundvoraussetzungen schaffen, damit alle Bürger die gleichen Chancen haben, an Kultur teilzunehmen.
- Kulturentwicklungsplan: Transparent diskutieren und dann festlegen: Wer wird gefördert, auf welche Art erfolgt die Förderung, wo herrscht eventuell ein Überangebot, wo sind neue Entwicklungen zu fördern?
- Die freie Kulturarbeit, die Bibliotheken usw. dürfen nicht als Sparmaßnahme für die Finanzierung der großen Institutionen, wie Staatstheater und ZKM, benutzt werden.
- Kulturarbeit auch als Bildungschance begreifen – entsprechende Ansätze der Kulturanbieter unterstützen
- Schaffung einer Kultur-Servicestelle mit einem Ansprechpartner als Anlaufpunkt für Kultur-Veranstalter, Künstler und Künstlerinnen, die projektbezogene Kultur in Karlsruhe anbieten möchten. Die Servicestelle sollte auch im öffentlich-rechtlichen Bereich unterstützen, Kontakte zum Bauordnungsamt pflegen sowie Sponsoren und Medienpartner vermitteln.
- Sponsorenbörse: Aktive Vermittlung der Stadt von Sponsoren; oder im Auftrag der Stadt für alle Kultureinrichtungen und Kulturprojekte, z.B. durch eine Agentur.
- Weiterentwicklung des Konzepts „Kulturinsel Ostau - Alter Schlachthof“ mit entsprechender finanzieller Ausstattung. Einplanung einer Probebühne für freie Theatergruppen.
- Entwicklung eines neuen, tragfähigen Konzepts für ein Kinder- und Jugendtheater als Ersatz für das Bluemix.
- Suche nach und Bereitstellung adäquater Ateliers seitens der Stadt für Künstlerinnen und Künstler. Insbesondere muss die gefundene Regelung für die Künstler hinter dem Hauptbahnhof Bestand haben. Eine Überplanung des Areals soll eine (Teil-) Integration der Ateliers als eine von der Stadt gewünschte Entwicklung berücksichtigen.
- Baukultur – erstens Architektur und Städtebau als kulturellen Auftrag verstehen; zweitens die Bedeutung des öffentlichen Raums vermitteln; drittens die Vorbildrolle des Bauherrn Stadt durchsetzen.
- Neuordnung Museumslandschaft – mit und ohne Nancyhalle; Bausteine: Literaturhaus im Prinz-Max-Palais, neues Stadtmuseum (z. B. in der ehemaligen Südwestbank in der Karlstraße), kleine (Stadtteil-)Museen.

Ziele der Karlsruher Liste für die Kulturpolitik

- Endlich ein geeignetes Filmhaus für die Kinemathek (z. B. im ehemaligen Studio 3 im Kurbel-Gebäude)
- ZKM: Mittel für Sanierung und Instandhaltung
- Quartier Lidell mit Bücherflohmärkten und ähnlich Passendem entwickeln
- Club-Kultur rund um die Uhr ermöglichen – Schutz von Wohngebieten (Beispiel Nordstadt/Erzbergstraße) vor damit verbundenem Lärm
- Beim Tempel Erweiterungschancen nutzen, wenn Bau II doch noch vom Tempel erworben oder zumindest genutzt werden kann.

SPORT UND FREIZEIT

Sport in Karlsruhe

Der Städtetag Baden-Württemberg stellt bei den Aufgaben der Kommunen in den Bereichen Bewegung, Sport, Spiel, Erholung und Freizeit eine erhebliche Veränderung fest. Dies liegt an der Ausdifferenzierung des Sports: Menschen mit unterschiedlicher Motivation wie beispielsweise Fitness, Gesundheit, Spieltrieb, Abenteuerlust, Leistungsbereitschaft und Suche nach Gemeinschaft treiben Sport bzw. nutzen ihre Freizeit zur Bewegung. Trotz hoher Mitgliederzahlen ist Sport deshalb nicht mehr nur die Sache von Vereinen. Ebenso bedeutend ist der individuelle Antrieb von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sich zu bewegen, auszutoben und fit zu halten.

Mit der Vielfalt der Anbieter steigt auch die wirtschaftliche Bedeutung des Sportes. So machen kommerzielle Sportangebote von der Tennishalle bis zum Fitnesscenter bereits einen bedeutenden Teil der Sportlandschaft aus. Dazu kommen die Sportangebote von Volkshochschulen oder Jugendeinrichtungen. Auch viele Vereine stellen ihre Angebote auf die gewandelten Ansprüche der Nutzer ein: Kurse für Nichtmitglieder, vereinseigene Fitnesscenter, offene Sportanlagen von Beachvolleyball bis Boule, Lauftreffs für Jedermann etc.

Aber gerade aufgrund der wachsenden Zahl kommerzieller Sportangebote ist es andererseits wichtig, die soziale Funktion des Sports zu bewahren. Sport darf nicht zum Privileg einiger weniger werden. Alle Menschen unserer Stadt müssen an der Vielfalt der Angebote teilhaben können. Zur sozialen Funktion des Sports gehören auch die besonderen Aufgaben, den Sport mit sozialpädagogischen Ansätzen zu verknüpfen, oder seine Integrationskraft beispielsweise bei Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein hat eine lange Tradition. Trotz eigenständiger Ziele haben Vereins- und Schulsport das gemeinsame Bestreben Kinder und Jugendliche zu einem lebenslangen Sporttreiben zu motivieren.

Die Zusammenarbeit mit den Vereinen stellt beispielsweise im Rahmen von Ganztagesangeboten eine Ergänzung des schulischen Sportunterrichts dar und öffnet die Schule nach außen. Dadurch soll den Schülerinnen und Schülern unter anderem der Zugang zu den Sportvereinen eröffnet werden. Nachdem das Abitur mittlerweile innerhalb von acht Jahren erworben wird (G8), gewinnt die Zusammenarbeit massiv an Bedeutung. Durch den vermehrten Nachmittagsunterricht bleibt sonst oftmals keine Zeit mehr für Sport im Verein.

Für die Vereine hat dies aber auch negative Folgen: Schulsportstätten und andere Sportstätten stehen den Vereinen immer später zur Verfügung.

Besondere Bedeutung für den (Leistungs-)Sport in Karlsruhe hat das Otto-Hahn-Gymnasium als anerkannte „Eliteschule des Sports“. Ohne das OHG und dessen Partnerschulen (Real- und Hauptschule) würde der Unterbau des Leistungssports fehlen.

Sport ist nicht mehr nur die Sache von Vereinen

wirtschaftliche Bedeutung des Sports

Bewahrung sozialer Funktionen des Sports

Sportverein und Schule: Traditionsmodell wird zentraler Baustein

OHG als Eliteschule des Sports unterstützen

Das OHG, aber auch der KSC und andere vereine würden von einem Sportinternat in Karlsruhe profitieren. Die Stadt hat bei dessen Gründung und Aufbau vor allem eine koordinative Funktion (Hilfe bei der Suche nach Finanzpartnern, Sponsoren, Räumen, Vereinspartnern). Die Stadt sollte jedoch auch zu einem Investitionszuschuss bzw. einer Anschubfinanzierung bereit sein.

Negative Entwicklung: Immer weniger Sportler kommen von der Hauptschule. Dies gilt auch für den Fußball im Verein. Hier sollten die Vereinen und ggf. andere Anbieter verstärkt mit Angeboten reagieren. Der vom Gemeinderat schon seit mehreren Jahren beschlossene Fördertopf „Sport und Schule“ ist auch dafür ein Schlüsselement.

An die Hauptschulen denken

Bei den Bürgern genießt die Freizeitorientierung einer Stadt hohe Priorität. Qualifizierte, vielseitige Angebote stellen einen Imagegewinn dar. Sie machen „Lust auf Stadt“. Sportpolitik ist deshalb auch Standortförderung.

Freizeitorientierung

Zur Umsetzung städtischer Sportpolitik ist die Grundvoraussetzung eine sinnvolle Förderung unter Beachtung der eigenen Zielvorgaben. Hinzu kommt eine enge Zusammenarbeit mit den Organisationen des freien Sports (Sportkreis, Sportjugend, Badischer Sportbund, Fachverbände).

enge Zusammenarbeit mit den Organisationen des freien Sports

Sportförderung

Vereine müssen in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachzugehen. Neben der Koordination von Projekten sind die Förderrichtlinien ein Instrument der Steuerung. Vereine, die sich in der Jugend- und Seniorenarbeit sowie der Gesundheitsförderung engagieren, werden bei der Förderung bevorzugt.

Förderrichtlinien ein Instrument der Steuerung

Eine zusätzliche Unterstützung ist da gefragt, wo der organisierte Sport in besonderem Maße an der Lösung schwieriger gesellschaftspolitischer Aufgaben mitarbeitet. Dies ist beispielsweise bei der Betreuung von Jugendlichen in schwierigem Umfeld (in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit) sowie bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderten der Fall.

gesellschaftspolitische Aufgaben des Sports

Das so genannte Karlsruher Modell hat sich als erfolgreich erwiesen. Die meisten Sportanlagen sind mit Ausnahme der Schulsportthallen und fast aller Bäder in der Hand von Vereinen, wobei die Stadt den Bau und die Unterhaltung mitfinanziert. Dieses Modell sichert eine laufende Überwachung und Unterhaltung der Anlagen. Aufgrund der vielen Stunden von Ehrenamtlichen im Sinne des bürgerschaftlichen Engagements und aufgrund des Eigenbeitrags der Vereine hat die Stadt in der Vergangenheit viel Geld gespart. Dies zeigen Vergleichsrechnungen mit Städten, in denen sich die Sportanlagen in städtischem Eigentum befinden. Aktuell zeichnet sich weiterhin eine Unterfinanzierung der Vereine ab, insbesondere aufgrund gestiegener laufender Kosten (Energie!). Die Konsolidierung des städtischen Haushalts darf nach Überzeugung der KAL nicht zu Lasten der Vereine und damit des Karlsruher Modells gehen!

Karlsruher Modell

Aufgabe städtischer Sportpolitik nach Ansicht der *KAL* ist:

- die Sicherstellung und qualifizierte Weiterentwicklung einer vielfältigen Sportlandschaft
- die Unterstützung und Förderung nichtkommerzieller Sportangebote, insbesondere des Vereinssports
- das Vorhalten von Sportanlagen, soweit Sportanbieter dies nicht übernehmen (Bäder, Skaterplätze, Trimm-Dich-Pfade, Bolzplätze, Wanderwege etc.), und insbesondere die Förderung von Vereinssportanlagen (Karlsruher Modell)
- Hilfen bei der Instandhaltung und Bewirtschaftung vereinseigener Sportanlagen
- Klimaschutz und Sport“ als Leitgedanken stärken: Energiesparen und klimagerechte Mobilität der Sportler
- die Übernahme einer Vermittlerrolle zwischen den verschiedenen Sportanbietern
- die Initiierung und Weiterentwicklung von Konzepten in den Bereichen Spiel – Sport – Bewegung
- die Erstellung oder Begleitung von Sportentwicklungsplanungen
- die konsequente Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, in dem der Sport als Träger der Jugendarbeit anerkannt ist, zur Verknüpfung von sportlichen und sozialen Aufgaben
- die Sicherung und Weiterentwicklung der organisatorischen Rahmenbedingungen des Schulsports
- die Unterstützung des Leistungssports insbesondere durch organisatorische, im Rahmen einer Grundförderung aber auch durch finanzielle Hilfe.

Aufgaben städtischer Sportpolitik

Sportentwicklungsplanung und Sportstättenleitplanung

Die Sportentwicklungsplanung ist die wesentliche Entscheidungsgrundlage zur Entwicklung neuer Sport- und Sportstättenangebote. Der Sportentwicklungsplan der Stadt Karlsruhe liegt seit Jahren als Entwurf vor. Dringend sollte die Verwaltung den Entwurf auf den neuesten wissenschaftlichen Stand bringen und in Kooperation mit dem Sportkreis aktualisieren. Denn der Gemeinderat muss den Sportentwicklungsplan endlich beschließen.

Sportentwicklungsplan

Bereits heute zeigt sich: Es fehlen einerseits Sportflächen – sowohl Hallen als auch Freiflächen – in Wohnnähe, andererseits gilt es, die vorhandenen Flächen effizienter zu nutzen, und zwar über die vermeintlichen Grenzen einzelner Institutionen wie Sport, soziale Träger, Wirtschaft etc. hinweg. So geht es hier auch um die Rückgewinnung von innerstädtischen Spiel- und Bewegungsräumen.

Sportflächennutzung

Sport als Beitrag zur sozialen Stadt

Die *Karlsruher Liste* sieht den Hauptschwerpunkt der sportlichen Aufgaben der Stadt Karlsruhe im Bereich einer sportbezogenen Kinder- und Jugendarbeit. Ein Grund sind die vorhandenen Defizite bei der körperlichen und motorischen Entwicklung, die von

sportbezogene Kinder- und Jugendarbeit

Sportwissenschaftlern belegt wird. Dabei stellt der festzustellende Bewegungsmangel die Hauptursache dar: Immer mehr Kinder bewegen sich immer weniger. Zudem sind die persönlichkeitsbildende Wirkung des Sports und das Einüben gesellschaftlichen Rollenverhaltens festzuhalten.

Die Stadtverwaltung sollte Maßnahmen unterstützen, koordinieren und letztlich auch initiieren mit der Zielrichtung, Sport- und Bewegungsangebote zu schaffen im Sinne einer sportbezogenen Kinder- und Jugendarbeit. Dabei sind insbesondere die Zielgruppen anzusprechen, die nicht oder nicht mehr in Vereinen organisiert sind. Idealerweise wenden sich die Kinder und Jugendlichen später erneut Vereinsangeboten zu. Primäres Ziel ist es jedoch, Kinder und Jugendliche zu einem lebenslangen Sporttreiben zu motivieren.

Sport- und Bewegungsangebote schaffen

Die Zahl der Jugendlichen nimmt zu, die Fitness, Wohlbefinden, Spaß und Kommunikation außerhalb von Training und Wettkampf suchen. Die Organisationsformen sind also so zu wählen, dass die Jugendlichen in ihrem Lebensumfeld abgeholt werden.

Sport außerhalb von Training und Wettkampf

Beispielhafte Projekte aus Karlsruhe waren und sind:

- der Sport-Punkt Nordstadt,
- das Mobile Sportbüro,
- die Initiative „Sport auf der Straße“,
- das Projekt „Kinder in Bewegung“ der Sportjugend Karlsruhe,
- die Kindersportschulen einiger Vereine (MTV, PSK, SSC) und
- die Sport- und Bewegungskindergärten (Beispiel: geplanter Bewegungskindergarten im Traugott-Bender-Sportpark in Kooperation zwischen Technido/Frau und Beruf, SSC und Fächerbad).
- Sportangebote im Ferienpass wie Skaten und Rollerbladen
- Sportangebote an der „Blauen Hütte“ und beim FSV Hardeck.

Sportprojekte in Karlsruhe

Diese gilt es sicherzustellen und weiterzuentwickeln.

Sport als Wirtschafts- und Standortfaktor

Hier ist zum einen die direkte Wertschöpfung durch Sportanbieter zu nennen. Dies ist ein Wachstumsmarkt, insbesondere bei kommerziellen Angeboten.

Kommerzielle Sportanbieter

Für die Sportstadt Karlsruhe mit ihrer Mischung aus einem vielfältigen und qualifizierten Sportangebot, einer hochkarätigen Veranstaltungspalette im Wildparkstadion, in der Europahalle und der Messe gilt es, gerade die weichen Standortfaktoren zu fördern und zu kommunizieren. Betriebliche Gesundheitsförderung, Angebote für aktive Mittagspausen und Betriebssportgemeinschaften sind bei größeren Unternehmen durchaus üblich – kleinere Unternehmen haben diese Möglichkeiten nicht. Hier könnte die Stadt als Initiator, Vermittler und Koordinator auftreten und so einen beträchtlichen Imagegewinn erzielen.

Betriebliche Gesundheitsförderung und Sport

Serviceangebot im und für den Sport

Das Sportamt hat die Funktion eines Dienstleisters für die ehrenamtlichen Strukturen, es ist aber auch Partner von

Sportamt als Dienstleister

„Sportunternehmen“ wie z.B. Fitness-Centern. Die Kooperation mit dem Vereinssport muss neu strukturiert werden. Es gilt, den Sportkreis Karlsruhe beim Aufbau von professionellen Strukturen zu unterstützen, die er zur Bewältigung derzeitiger und künftiger Aufgaben dringend benötigt. Bis die sich entwickeln, muss der Dialog von Politik und Verwaltung mit dem Sport auch die existierenden Initiativen von Sportvereinen einbeziehen.

Serviceaufgaben der Stadt in diesem Zusammenhang sind u.a.:

- die Verbesserung der Sportberatung
- der Ausbau des städtischen Sportportals im Internet mit Information über die vielfältigen Möglichkeiten im Sport
- die Unterstützung des Leistungssports im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe.

Serviceaufgaben der Stadt im Sport

Karlsruhe hat bei diesen Aufgaben Standortvorteile:

- Zum Beispiel wegen des Otto-Hahn-Gymnasiums, das als Partnerschule des Olympiastützpunkts die meisten Kaderathleten in Baden-Württemberg ausbildet, damit diese Talente Schule und Training miteinander vereinbaren können.
- Zum Beispiel aufgrund des Sportinstituts an der Universität, das einen ausgezeichneten Ruf bei der Erarbeitung von Studien zum Bewegungsmangel der Kinder und Jugendlichen besitzt und Ansätze im Bereich der Gesundheitsprävention entwickelt und erprobt.
- Zum Beispiel aufgrund innovativer Vereine und der Sportjugend, die in zahlreichen Projekten Sport und Jugendarbeit miteinander verbinden, die weit über die Grenzen von Karlsruhe Modellcharakter besitzen.
- Zum Beispiel aufgrund des Sitzes des Badischen Sportbundes in Karlsruhe.

Standortvorteile von Karlsruhe im Sport

Diese Kompetenzen gilt es noch mehr zu nutzen als bisher.

Freizeit: Natur und Parks, Bäder, Zoo, Feste

Die Politik kann (und soll) bei vielen Freizeitmöglichkeiten nur begrenzt eingreifen. Vieles ist einfach da: Hardtwald (statt Nordtangente!) direkt hinter dem Schloss, der Oberwald, das Landschaftsschutzgebiet südliche Hardt, die naturschutzwürdigen Rheinauen: Natur hat einen großen Freizeitwert.

Sport und Freizeit

Dies erleben die Einwohner am besten zu Fuß oder mit dem Rad. Entsprechend sind die Wege zu gestalten und zu unterhalten. Das 20-Punkte-Programm für Radfahren in Karlsruhe wird auch den Freizeitverkehr stärken. Neben den städtischen Radrouten, die nach und nach umgesetzt werden und die zum Teil auch hohen Freizeitwert haben (Beispiel: Weg entlang der Alb), muss sich die Stadt für Fuß- und Radwanderwege in der Region einsetzen.

Daneben unterhält die Stadt eigene Freizeiteinrichtungen. Stichwort Bäder: Schwimmen, Baden, Wellness und Entspannung für die Besucher hochattraktiv; für die Stadt so betriebswirtschaftlich günstig wie möglich. Dies ist noch nicht der Fall.

Bäder

Die Annahmen des Bäderkonzepts der Stadt haben sich (noch) nicht erfüllt, was Besucherzahlen und Ertrag betrifft. Das

Bäderkonzept muss dringend fortgeschrieben werden. Das Fächerbad, getragen mittlerweile von der Stadt zu 60 Prozent und nur noch zu 40 Prozent von vier Vereinen, zeigt seit Jahrzehnten, wie ein attraktives Bad mit deutlich geringeren Zuschüssen auskommt.

Die KAL hätte daher dem Bau und der laufenden Finanzierung des Europabads nur zugestimmt, wenn einerseits die Nutzer davon deutlich profitieren (attraktiveres Angebot) und andererseits der städtische Haushalt nachhaltig entlastet wird. Nach den aktuell vorliegenden Zahlen wird zumindest die zweite Forderung nicht erfüllt.

Die KAL hat den Bau dieses Freizeitbads abgelehnt. Bei all den Versuchen der Verantwortlichen, das Europabad flott zu machen, dürfen andere, erfolgreichere Karlsruher Bäder nicht darunter leiden. Mehr Besucher um jeden Preis (d.h. so billiger Eintritt wie möglich) kann keine Strategie sein.

Die KAL sieht zudem große Probleme bei der Organisation des Schul- und Vereinsschwimmens nach der erfolgten Schließung des Tulla- und Wettersbacher Bads. Das angedachte und grundsätzlich vom Gemeinderat anerkannte zusätzliche 25-Meter-Becken im Fächerbad könnte hier Entlastung bringen; insbesondere für Synchronschwimmen, Tauchen, Unterwasserrugby, Wasserball etc.

Auch beim Zoo ist die Kommunalpolitik gefragt. Zoobesuche stehen nach allen Umfragen mit an der Spitze der Freizeitaktivitäten. Die Aufgabe von Stadt und Gemeinderat: das Interesse der Besucher, Tiere zu beobachten, mit den Ansprüchen einer möglichst artgerechten Haltung zu verbinden.

Die KAL steht hinter dem Gemeinderatsbeschluss zum abgeschlossenen Zoombau bis zum Stadtjubiläum 2015. „Südwestdeutschlands schönster Zoologischer Stadtgarten“ ist ein hohes Ziel.

Ebenfalls eine wichtige kommunalpolitische Herausforderung: Karlsruhe, mit Schloss- und Stadtgarten, Günter-Klotz-Anlage, Albaue u.v.m., muss eine Stadt im Grünen bleiben. Mit jedem neuen Stadtteil sollte ein Park entstehen.

Der Schlossgarten als Erbe der Bundesgartenschau von 1967 ist in die Jahre gekommen. Jetzt muss die Stadt das Land in die Pflicht nehmen, den Garten bis zum Stadtjubiläum 2015 zu sanieren und noch attraktiver zu machen.

Die bestehende Lücke mit dem Stadtpark für die Süd- und Oststadt zu schließen, ist aus Sicht der KAL die nächstliegende Aufgabe. Mit dem derzeitigen Hauptnutzer, einer Spedition, sollte die Stadt zu einem fairen und schnellen Interessenausgleich kommen. Die Spedition verlagert ihren Standort ohnehin nach Karlsdorf.

Die von den Bürgerinnen und Bürgern begeistert aufgenommene Planung zur leider abgelehnten Bundesgartenschau 2015 enthält weitere interessante Bausteine für ein noch grüneres Karlsruhe. Als eine Leitlinie der Stadtplanung wird sich die KAL für eine schrittweise Verwirklichung aussprechen. Zentraler Baustein: der Landschaftspark Rhein.

**Europabad: attraktiv,
aber ein Minusmacher
auf Dauer**

**Schul- und
Vereinsschwimmen in
gesamter Breite im
Auge behalten**

Zookonzept bis 2015

**Sport und Grünanlagen
– Markenzeichen von
Karlsruhe**

**Umsetzung von
Teilprojekten aus
Planung
Bundesgartenschau**

Für Feste muss die Stadt Raum geben – von den Stadtteilfesten über den Stadtgeburtstag und das Trachtenfest bis zu „Das Fest“. Der Marktplatz als Aushängeschild der Innenstadt darf allerdings nicht mit jeder beliebigen Veranstaltung rund ums Jahr belegt werden. Events ohne Karlsruher Tradition können auch woanders als auf dem zentralen Platz der Weinbrenner-Stadt stattfinden. Denn der Marktplatz gehört auch den Menschen, die einfach bummeln und im Café sitzen, ins Rathaus oder zum KVV-Kundenzentrum mit Mobilitätszentrale gehen wollen.

Raum für Feste

- Fortsetzung des „Karlsruher Modells“ bei der Förderung von Vereinssportanlagen
- Entwurf des Sportentwicklungsplans auf den neuesten wissenschaftlichen Stand bringen, in Kooperation mit dem Sportkreis aktualisieren und verabschieden
- Städtische Unterstützung für Sport als Beitrag zur sozialen Stadt
- Mehr Bolzplätze für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
- Ein klares Konzept für die Bäderlandschaft in Stadt und Region mit Angeboten für alle Zielgruppen (Familien und Jugendliche, Senioren, Schwimmsport etc.): mit den Kernbausteinen Europabad, Rappenwört-Bad, Vierordtbad; vor allem mit einem noch attraktiveren Fächerbad (z.B. 25-Meter-Becken, im Sommer zu öffnen). Das wurde dem Fächerbad versprochen.
- regionale Abstimmung: Welche Baggerseen stehen für Freizeitnutzung, welche für Natur?
- weitere regionale Radwege in der Technologieregion schaffen (beispielsweise über die Hafemündung)
- den neuen Stadtpark zwischen Kriegsstraße-Ost und östlicher Südstadt vorrangig entstehen zu lassen – mit einem Aktivspielplatz und Bolzplatz!
- Ein komplett sanierter und umgebauter Zoo.

Das will die KAL im Bereich Sport und Freizeit erreichen

NATUR UND UMWELT

Umweltqualität ist Lebensqualität

„Lust auf Stadt“ entsteht nur, wenn die Lebensqualität und damit die Umweltqualität in der Stadt stimmen. Die *Karlsruher Liste* strebt deshalb eine dauerhaft umwelt- und menschengerechte (nachhaltige) Entwicklung für Karlsruhe an.

Wesentlicher Aspekt der nachhaltigen Entwicklung ist das Ressourcenmanagement. Das bedeutet, dass:

- Ressourcen – soweit nicht regenerierbar – geschont oder durch regenerierbare ersetzt werden,
- die Ressourcenproduktivität erhöht wird,
- eingesetzte Ressourcen möglichst lange verwendet werden (Verlangsamung des Ressourcendurchflusses),
- nicht mehr benötigte Ressourcen nicht vernichtet, sondern wieder aufbereitet werden und
- Schadstoffe und „Abfälle“ die Aufnahmefähigkeit der Umwelt nicht überfordern dürfen.

Die knappste Ressource in einem Verdichtungsraum wie Karlsruhe ist die Fläche, weshalb der Flächenhaushaltspolitik eine entscheidende Bedeutung zukommt.

Flächenhaushaltspolitik

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ findet sich seit der Novellierung des Planungsrechts 1998 auch im Baugesetzbuch (BauGB) und Raumordnungsgesetz (ROG). Das novellierte BauGB schreibt jetzt vor, dass die Bauleitpläne statt der geordneten eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung gewährleisten sollen. Auch bei der Abstimmung der unterschiedlichen Anforderungen an den Raum und an die Vorsorge für Raumfunktionen und -nutzungen ist die Leitvorstellung der nachhaltigen Entwicklung zu berücksichtigen.

Trotz der Aufnahme dieser Vorstellungen in das Planungsrecht werden immer noch jeden Tag umgerechnet über zehn Fußballfelder in Baden-Württemberg versiegelt. Die Landesregierung prangert das zwar offiziell an. Beim geplanten Edeka-Fleischwerk in Forchheim kümmert sie sich aber überhaupt nicht um ihre eigenen Vorgaben. Und der Karlsruher Gemeinderat hat dieses Vorgehen sogar mit Stimmen von CDU und SPD sanktioniert – zu Lasten der direkten Nachbarn aus Karlsruhe und obwohl es die Alternative „Ausbau der bestehenden Standorte“ gibt!

Nachhaltige Entwicklung bedeutet für die *Karlsruher Liste* in der Flächen- und Bodenschutzpolitik:

- Erhaltung ökologisch wertvoller Freiflächen
- Bedarfsnachweise für Bau-, Industrie- und Gewerbegebiete
- Vorgaben zur Grünflächengestaltung und -pflege in Bebauungsplänen
- Festsetzung von Versiegelungsgraden (Schutz nicht regenerierbarer Ressourcen wie z.B. Boden)

KAL strebt nachhaltige Entwicklung für Karlsruhe an

Ressourcenmanagement

Flächenhaushaltspolitik

Novelliertes Planungsrecht

Flächenverbrauch

Maßnahmen der Flächenschutzpolitik

- Vorrang für verdichtete Bauformen (Erhöhung der Ressourcenproduktivität)
- Berücksichtigung der Anforderungen aller Generationen bei der Bauplanung (möglichst lange Verwendung eingesetzter Ressourcen)
- Flächenrecycling (Aufbereitung nicht mehr benötigter Ressourcen) bis hin zur Entsiegelung
- Vorrang für energiesparende Bauweisen und Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten innerhalb der Baugebiete
- keine Überforderung der Aufnahmefähigkeit der Umwelt durch Schadstoffe und „Abfälle“
- Fortschreibung der Studie „Belastungsgrenzen des Raumes Karlsruhe“ als wesentliche Grundlage für die zukünftige kommunale Planungspolitik

Neue Flächenversiegelungen in erheblichem Ausmaß sind zu verhindern. Daher lehnt die *Karlsruher Liste* neben dem Edeka-Fleischwerk die zweite Rheinbrücke und die Nordumfahrung von Knielingen (Nordtangente-West) sowie die Weiterführung einer zukünftigen Südspange Hagsfeld von der Haid-und-Neu-Straße bis zur Theodor-Heuss-Allee (Nordtangente-Ost) ab. Durch diese Verkehrsstrassen würden zudem neue Zerschneidungslinien entstehen. Die neuen Erschließungsachsen würden wahrscheinlich eine erheblich höhere Flächenversiegelung im Umfeld nach sich ziehen; z.B. durch neue angrenzende Gewerbegebiete (siehe auch Kapitel Verkehr).

Auch eine Bebauung der Unteren Hub mit einem Stadionkomplex für den Profifußball lehnen wir daher ab. Mit dem Gleisdreieck südlich der Durlacher Allee an der Autobahn existiert eine vorhandene und bereits teilversiegelte Alternative. Und auch bei einem Umbau des heutigen Wildparkstadion müsste die steigende Flächenversiegelung mitten im Hardtwald kritisch hinterfragt werden.

Durch die Sanierung und die ökologischere Gestaltung bestehender Siedlungsflächen in Karlsruhe lässt sich die Lebensqualität in der Stadt verbessern und damit mehr „Lust auf Stadt“ sowohl bei Besuchern als auch bei Bewohnern erzeugen. Die Begrünung von Gebäuden und Freiflächen sowie die Verkehrsberuhigung in zentralen Bereichen schaffen Raum für Mensch und Natur in der Stadt und sind ein Beitrag zur Verringerung der Stadtfucht.

In der Kernstadt ist die multifunktionale, sich nicht gegenseitig negativ beeinflussende Nutzung von nicht bebauten Flächen anzustreben. Beispiele können begrünte Hinterhöfe sein, die auch als Erholungsfläche oder Spielfläche für Kinder dienen.

Natur und Landschaft

Grundlage der Entwicklung von Natur und Landschaft auf der Gemarkung Karlsruhe ist die Sicherung und Entwicklung der vorhandenen und geplanten wertvollen Flächen wie u. a. Natura 2000-Gebiete, Natur- und Landschaftsschutzgebiete, flächenhafte Naturdenkmale sowie geschützte Biotope. Unter den Natura 2000-

**Keine zusätzlichen
größeren
Flächenversiegelungen**

**Alternative: Sanierung
schon genutzter
Flächen**

**Kernstadt:
Multifunktionale
Nutzung**

**Grundlage: Sicherung
und Entwicklung der
wertvollen Flächen**

Gebieten ist insbesondere der Alte Flugplatz zu nennen. Die *Karlsruher Liste* setzt sich für den Schutz des vollständigen Areals ein und will keine Bebauung von naturnahen Teilen des Alten Flugplatzes.

Mit den sonstigen verbliebenen Freiflächen ist möglichst schonend im Sinne eines Ressourcenmanagements umzugehen. Daher ist das Ziel der *Karlsruher Liste*, wo immer möglich Freiflächen zu schonen und Neuansiedlungen durch Reaktivierung versiegelter Flächen zu ermöglichen.

Schonung von Freiflächen

Karlsruhe muss nicht zuletzt aus Gründen der Lebensqualität eine Stadt mit viel Grün bleiben. Auch in neu entstehenden Stadtteilen müssen neue Grünflächen entstehen (siehe auch Kapitel Sport und Freizeit sowie Kapitel Stadtplanung). Bestehende Lücken in stark versiegelten Bereichen (z.B. Hinterhöfe, verschiedene Plätze) sollten durch Maßnahmen zur Begrünung aufgewertet werden.

Entwicklung von Stadtgrün

Lärm

Nach Veröffentlichungen der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg ist aus Sicht der Bevölkerung Lärm das dringlichste lokale Umweltproblem!

Lärm dringlichstes lokales Umweltproblem

Entsprechend der EU-Umgebungslärmrichtlinie wurde in Karlsruhe eine Lärmkartierung für die Bereiche Straßenverkehr, Schiene (Straßenbahn) sowie Industrie und Gewerbe/Häfen durchgeführt.

Lärmkartierung / Lärminderungsplan

Ziel und Aufgabe der Lärminderungsplanung ist, den Umgebungslärm zu mindern und noch unbelastete Räume von Verlärmung freizuhalten.

Der erstellte Lärminderungsplan ist konsequent umzusetzen.

Der Lärmkartierung entlang der Bahnstrecken (Aufgabe der Deutschen Bahn AG) ist endlich vorzulegen und daraus geeignete Lärmschutzmaßnahmen zu entwickeln.

Der Lärmschutz ist insbesondere entlang der Hauptverkehrsstraßen (Südtangente!) ist weiter zu verbessern. Dies umfasst das Schließen von Lärmschutzlücken, Flüsterasphalt, passiven Schallschutz, aber auch ein durchgehendes Tempolimit von 80 km/h; in der Nacht notfalls stellenweise noch niedriger.

Lärmschutz Hauptverkehrsstraßen

Weitere Ost-West-Achsen (Nordtangente!) sind abzulehnen, da sie weitere Stadtteile stark mit Lärm belasten würden. Dies auch, weil von einer Nordtangente keine merkliche Entlastung der Südtangente ausgehen würde (siehe von der Stadt beauftragtes Gutachten von PTV)!

Abfall

Bei der Abfalltrennung und -verwertung hat Karlsruhe – nicht zuletzt auf Betreiben der KAL – mittlerweile einen guten Standard erreicht. Es gilt diesen umweltgerechten Standard zu erhalten und gegen rückwärtsgewandte Bestrebungen zu verteidigen. Wesentlicher Grundsatz der Abfallpolitik der Karlsruher Liste ist:

Abfallvermeidung vor Recycling vor Entsorgung

Abfallvermeidung ist ökonomisch und ökologisch der Königsweg und daher anzustreben. Abfallrecycling ist der Abfallentsorgung vorzuziehen, selbst wenn dies in manchen Fällen etwas teurer ist.

Mit dem Abfall verantwortungsvoll umzugehen, bedeutet für jeden Einzelnen, seine Trägheit zu überwinden: Abfall trennen, Pfandflaschen zurückgeben, in Grüncontainern nur Grünabfälle einwerfen etc. Damit unsere Anstrengungen nicht nachlassen, müssen wir immer wieder zum umweltgerechten Verhalten anregen. Regelmäßige Information über und Werbung für das beschlossene Abfallwirtschaftskonzept und den umweltgerechten Umgang mit Hausmüll und Wertstoffen ist notwendig.

Verantwortungsvoller Umgang mit Abfall

Eine regionale Kooperation im Bereich der Abfallentsorgung ist unverzichtbar. Aktuell wird der Karlsruher Abfall in der Mannheimer Müllverbrennungsanlage thermisch verwertet. Die KAL plädiert mittelfristig für ein nachhaltiges Abfallwirtschaftskonzept. Dies muss rechtzeitig vor Ablauf des Vertrages mit der Müllverbrennungsanlage Mannheim in die Wege geleitet werden.

regionale Kooperation im Bereich Abfall – nachhaltiges Abfallwirtschaftskonzept

Energie

Energiepolitik im engeren Sinn ist weniger ein kommunales Thema. Wohl aber praktische Maßnahmen zum Energiesparen in städtischen Gebäuden, zur Nutzung regenerativer Energien, zur noch effizienteren Nutzung von Energie (Abwärme aus Kraftwerken für Fernwärme!), zum Umstieg auf umweltfreundlichere Treibstoffe für städtische Fahrzeuge (Erdgas, Biodiesel) etc.

Energiepolitik

Wind und Sonne bringen wertvolle Beiträge zur lokalen Energieerzeugung. Doch das allein wird uns nicht retten: Der Mix und das effiziente Umgehen mit Energie macht's. Und nicht jeder Standort für Windmühlen ist landschaftsverträglich. Das gilt aber auch für Hochspannungsleitungen und -masten.

Energieeffizienz

Jede Verbrennung fossiler Energieträger, insbesondere von Kohle, ist schlecht für den Klimaschutz. Ein gleichzeitiger Ausstieg aus Atom- und Kohlestrom ist ohne eine massive Gefährdung der Stromversorgung kurz- bis mittelfristig nicht möglich. Der Ersatz von alten Kohlekraftwerken durch (effizientere) neue ist daher sinnvoll. Die neuen Standorte müssen auf eine eventuelle zukünftige Abscheidung des CO₂ im Rauchgas vorbereitet werden.

Energieträger

Es gibt sehr unterschiedlich klimawirksame Kohlekraftwerke. Das geplante Rheinshafendampfkraftwerk (RDK) 8 ist aufgrund neuester Technik und Anbindung ans Fernwärmenetz der Stadt eines der effizientesten und damit klimaverträglichsten Kohlekraftwerke der Welt. Das RDK 8 dient mittelfristig dem Ersatz von mehreren alten Kohle- und Atomkraftwerken in Baden-Württemberg, etwa dem RDK 7 in Karlsruhe (nach 2015), die alle relativ mehr Schadstoffe und CO₂ pro Kilowattstunde abgeben. Das RDK 8 ist also kein dauerhafter Ausbau der Kohlekraftnutzung. CO₂-Abscheidung ist dort möglich.

RDK 8 – notwendiges Übel, aber auch Belastung im Westen der Stadt

Die KAL wird keiner weiteren Großanlage im Karlsruher Westen ihre Zustimmung erteilen Denn wir sehen die Belastungsgrenzen aus immissionstechnischer Sicht als erreicht bzw. überschritten.

Wichtiges Thema „Energie sparen“: Die KAL stellt regelmäßig Anträge für mehr Energiesparmaßnahmen bei städtischen Gebäuden und zur Bereitstellung der Mittel dazu.

Energiesparen / Klima

Alle Jahre wieder stellt die KAL den Antrag, die städtischen Fahrzeugflotten (Busse, Lkw, Pkw) auf Erdgas, Hybridtechnik oder Biotreibstoffe umzustellen (siehe auch Kapitel Verkehr) – bisher mit mäßigem, aber wachsendem Erfolg. Die Verwaltung und manche städtischen Gesellschaften wehren sich unverständlicherweise. Die KAL bleibt am Thema.

Dank aufgeschlossener Stadtwerke (siehe Tarif NaturPlus) und dem Arbeitskreis Energie der Agenda 21 Karlsruhe passiert in Karlsruhe schon einiges; Beispiele:

- Das Hochbauamt hat den Verbrauch von Strom- und Heizenergie aller städtischen Gebäude erfasst. Ausreißer werden identifiziert und nach und nach verbessert.
- Die Agenda 21 hat den Gebäudecheck in Gründerzeitvierteln angeregt
- Verstärkte Fernwärmenutzung u.a. Nutzung industrieller Abwärme aus der MIRO.
- Das unter aktiver Teilnahme der *Karlsruher Liste* erstellte Klimaschutzkonzept der Stadt listet weitere Maßnahmen auf.

Maßnahmen zur Verbesserung der energetischen Situation

- Fortschreibung der Studie „Belastungsgrenzen des Raumes Karlsruhe“
- Einführung von Bedarfsnachweisen für Bau-, Industrie- und Gewerbegebiete
- Erstellung einer Checkliste zur Überprüfung der Einhaltung ökologischer Planungsinstrumente in allen Bebauungsplänen
- Die KAL lehnt eine zweite Rheinbrücke und die Nordumfahrung von Knielingen bis zur B 36 (Teil der Nordtangente-West) ab. Lokale zweispurige Südspange für Hagsfeld von der Elfmorgenbruchstraße bis zur Haid-und-Neu-Straße, aber keine Fortführung bis zur Theodor-Heuss-Allee (Teil der Nordtangente-Ost).
- Herausnahme der Bebauung auf dem Alten Flugplatz aus dem Flächennutzungsplan und Ausweisung möglichst der gesamten naturnahen Fläche als Naturschutzgebiet
- Herausnahme der Vorrats-Industrieflächen bei Knielingen aus dem Flächennutzungsplan und Belassen im aktuellen Zustand bzw. Ausweisung als Grünzug.
- Ausweisung des MIRO-Erweiterungsgeländes als geschützten Grünbestand nach §25 Naturschutzgesetz Baden-Württemberg
- Überprüfung der übermäßigen Siedlungsplanung bei Neureut und Wettersbach mit dem Ziel größerer Freiflächen
- Umsetzung der Pflegepläne für Naturschutzgebiete sowie der Managementpläne für die Natura 2000-Gebiete in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe
- Entwicklung von Maßnahmen für einen verbesserten Schutz der Rüppurrer und Neureuter Wiesen sowie der Daxlander Rheinaue

Was die KAL im Bereich Natur und Umwelt erreichen will

- Ausweisung der Landschaftsschutzgebiete Gießbachniederung /Im Brühl bei Grötzingen und Feldflur Oberwald/Niederung entlang der B 3 bei Wolfartsweier
 - Ökologische Ausgestaltung des Hochwasserrückhalteraaumes Bellenkopf-Rappenwört, sowie weitere Verbesserung der Umweltbildungsmöglichkeiten in diesem Raum in Zusammenarbeit mit dem Naturschutzzentrum Rappenwört
 - Umsetzung der Planungen zum Landschaftspark Rhein unter Beachtung der Schutzbedürfnisse der vorhandenen Schutzgebiete
 - Die Karlsruher Liste sieht die Notwendigkeit des Schutzes von Laubbaumarten gegen den Fraß des Maikäfers (vor allem der Engerlinge im Boden), hält aber den Einsatz von Insektiziden im Karlsruher Hardtwald gegen den Maikäfer nicht für das richtige Mittel. Stattdessen: waldbauliche Maßnahmen, um die Widerstandsfähigkeit des Walds zu stärken, Fördern der Fraßfeinde des Maikäfers und Sammeln weiterer Erfahrungen mit Krankheiten des Käfers, wie z.B. Pilzsporen (Beauveria).
 - Die Begrünung von Flächen soll weiter verstärkt werden
-
- Der erstellte Lärminderungsplan ist konsequent umzusetzen
 - Lärminderung auch entlang von Bundesbahnstrecken
 - Weitere Verbesserung des Lärmschutzes insbesondere entlang der Hauptverkehrsstraßen (Südtangente!).
- Was die KAL im Bereich Lärm erreichen will**
-
- Verbesserung der Effizienz der Energienutzung: Die KAL fordert seit Jahren, dass Fernwärme Vorrang hat – schon in der Bauleitplanung und bei der Grundstücksvergabe berücksichtigen (ein Käufer städtischer Grundstücke wird zur Abnahme von Fernwärme als Heizenergie verpflichtet). Wenn Fernwärme zu teuer, dann an Nahwärmenetze und Blockheizkraftwerke denken; siehe von der KAL bei der Bebauungsplanung beantragte Nahwärmeversorgung des Neubaugebietes „50 Morgen“ in Hohenwettersbach mit Biogas aus der Bioabfall-Vergärungsanlage.
 - Städtische Liegenschaften mindestens im Niedrigenergiestandard bauen bzw. sanieren; viel besser allerdings im Passivhausstandard – Finanzierung der Kosten für erhöhte Standards aus einem Klimaschutzfonds
 - Umstieg auf eine nachhaltige Energieversorgung
 - Ausbau regenerativer Energieerzeugung, wo möglich / sinnvoll:
 - a) Die KAL hat den Bau der Windräder auf dem Müllberg unterstützt und wünscht einen begrenzten Ausbau der Windenergienutzung in der Region (mehr als die Region derzeit zulassen will) in Abwägung mit Landschaftsschutzaspekten.
 - b) Die KAL wird weiterhin die Solarenergienutzung unterstützen (z.B. auf dem Dach des neuen VBK-Depots in der Gerwigstraße).
 - c) Unterstützung der Stadtwerke Karlsruhe bei Geothermieprojekten und Beteiligungsanlagen.
- Was die KAL im Bereich Energie erreichen will**

- Neue Blockheizkraftwerke für Strom und Heizwärme in Nicht-Vorranggebieten
- Vorrang für den Umweltverbund aus ÖPNV, Fußgängern und Radfahrern
- Beschaffung sparsamer, möglichst mit Erdgas, Strom oder Bio-Kraftstoffen betriebener Kfz der Stadt. – Finanzierung der Kosten für erhöhte Standards aus einem Klimaschutzfonds.

STADTPLANUNG

Grundsätze der Stadtplanung

In Zeiten der Globalisierung sind die Städte mit ihrer Modernisierungsbereitschaft und ihrer demokratischen Kultur gefordert: Integration z.B. findet in erster Linie im Stadtteil statt! Die Menschen stehen dabei eindeutig im Mittelpunkt politischen Handelns. Deshalb soll auch die „Entwicklung von Städten geprägt sein von den vielfältigen sozialen Gruppen und Schlüsselpersonen des städtischen Lebens“ („Neue Charta von Athen“, 1998). Die Stadtplaner sind dabei die Moderatoren und Koordinatoren, die Entwicklungen ermöglichen und steuernd begleiten. Transparente Verfahren vor Ort bilden die elementare Voraussetzung für Bürgerbeteiligung. Will Stadtplanung erfolgreich sein, muss sie die Möglichkeiten zur Teilnahme am Dialog ausschöpfen.

Stadtplanung der Zukunft ist nachhaltige Stadtplanung, die sich mit folgenden Themen beschäftigen muss:

- stärkere Mischung von Arbeit und Wohnen
- eine Stadt der kurzen Wege
- Versorgung im Nahbereich
- attraktiver, lebendiger, vielfältiger innerstädtischer Handel
- das Erscheinungsbild der Innenstädte (den öffentlichen Raum) stärken
- Innenstadtverträgliche Verkehrskonzepte
- Bauleitplanung im Sinne des Klimaschutzes
- Ausgleich in der Region.

Aktuelle Tendenzen der Stadtplanung

Der Zersiedelung und der Abwanderung ins Umland muss die Stadt weiter entgegenwirken. Denn die anhaltende Flucht ins Umland zerstört, was man eigentlich sucht – die Nähe zur freien Landschaft. Daher:

Die Innenentwicklung Karlsruhes muss vorangetrieben werden, insbesondere der zentralen Stadtteile und der B-Zentren. Die Belastungsfähigkeit des Stadtrandes ist längst erreicht. Das zeigt sich auch an den Wohnortwünschen einer Mehrheit in Karlsruhe lebender Menschen: Sie wollen in der Stadt bleiben, viele wollen in die Stadt zurück. Zeit wird Mangelware im Leben zwischen Arbeit, Familie, ehrenamtlichem Engagement und Entspannung. Wo qualitätsvolle Arbeitsplätze in der Innenstadt entstehen, werden auch mehr qualitätsvolle Wohnformen nachgefragt.

Auch die Rückkehr der „jungen Alten“, also der nicht mehr Erwerbstätigen, wird sich enorm steigern. Diese werden ganz andere Anforderungen an die Wohnviertel stellen als erwerbstätige Einwohner. Sie werden in verstärktem Maße soziale und kulturelle Infrastruktur fordern und die dazu notwendige Bewegungsfreiheit (Barrierefreiheit, ÖPNV, Taxidienste). Es sind selten die ärmeren Senioren, die in die Stadt zurück möchten.

Ziel erfolgreicher Stadtplanungspolitik:

Vorteile großstädtischen Lebens stärken, Nachteile mindern,

Nachhaltige Stadtplanung

Innenstadtentwicklung vorantreiben

Rückkehr der „jungen Alten“

Karlsruhe hat eine hervorragende Ausgangslage. Entgegen dem deutschen Durchschnittstrend ist Karlsruhe eine wachsende Stadt mit hochqualifizierten, neuen Arbeitsplätzen. Daher muss sich die Stadt ganz besonders um neue Lösungsansätze wie

- Förderung vielfältiger Wohngemeinschaften
- qualitätvolle Stadtwohnungen mit besonderem Angebot für Singles und große Familien
- neue Eigentumswohnformen

bemühen. Diese Chancen wahrzunehmen sollte den Schwerpunkt der nächsten Jahre für die Stadtplanung in Karlsruhe bilden.

Die Stadt sollte möglichst viele Grundstücke erwerben und für neue Wohnformen, die in Karlsruhe gebraucht werden, Wettbewerbe durchführen. Hier müssen Bedingungen für Investoren im Vorfeld geschaffen werden. Als Investoren sieht die KAL für diesen Bereich Baugemeinschaften, Volkswohnung etc. Laut Statistik sind insbesondere Mangelware:

- Hochstandard-Mietwohnungen, möglicherweise mit Servicefunktionen für Angestellte u. a. der Elite-Uni
- große individuelle Wohnungen (Loftcharakter)
- Große Wohnungen für Familien ab 4 Zimmer
- Größere Auswahl an Haustypen
- Seniorengerechte Wohnungen
- Preisgünstige Wohnungen

Stärkung des Öffentlichen Raums in der Innenstadt

Die Stärkung des Öffentlichen Raums in der Innenstadt steigert die Attraktivität und Sicherheit der Innenstadt.

Die Umgestaltung der Kaiserstraße im Zuge der Kombilösung vom Mühlburger Tor bis Durlacher Tor und der Karl-Friedrich-Straße zum Ettlinger Tor wird den öffentlichen Raum in Karlsruhe maßgebend bestimmen. In den städtebaulichen Ideenwettbewerb wird sich die KAL einbringen: in der Jury, im Gemeinderat, in öffentlichen Diskussionen.

Vor der Umsetzung sollten die anderen Innenstadtstraßen nicht vernachlässigt werden. Die gesamte Innenstadt übernimmt – von der Baustelle der Kombilösung betroffen – Ausweichfunktionen. Während der Bauzeit müssen die Marktplatzfunktionen an andere Orte verlegt werden. Die KAL spricht sich dabei gegen eine übermäßige Nutzung des Friedrichsplatzes aus. Dieser Platz ist in erster Linie eine Oase der Ruhe in der Innenstadt.

Die KAL fordert die Sicherung der Qualität des öffentlichen Raumes zwischen Postgalerie, Ettlinger-Tor-Center, Kongreßzentrum bzw. Festplatz und Mendelssohnplatz:

- durch Ausweisung als Fußgängerzone und Gestaltungsmaßnahmen auf der Erbprinzenstraße (Verbindung Postgalerie – Ettlinger-Tor-Center)
- auf den Achsen Amalienstraße – Nymphengarten (mit Öffnung

Karlsruhe ist eine wachsende Stadt

Grundstückserwerb ist Voraussetzung für Flächenmanagement

Attraktivitätssteigerung Innenstadt

Städtebaulicher Ideenwettbewerb im Rahmen der Kombilösung

Weitere Innenstadtstraßen

Gestaltungsmaßnahmen und Ausweitung der Fußgängerzone – Weiterentwicklung der Fächerstraßen

des Weges durch den Bundesgerichtshof), Markgrafenstraße – Lidellplatz – Steinstraße (Verbindung Ettliger-Tor-Center – Mendelssohnplatz) und Kongreßzentrum – Ettliger Tor (Verbesserung der Achse z.B. durch stadtplanerische Gestaltung entlang des Durchgangs vor dem Landratsamt)

- Umgestaltung der Straßendecke auf bisher nicht als Fußgängerzonen ausgewiesenen Straßenstücken: nördliche Waldstraße, Herrenstraße, nördliche Kreuzstraße, Adlerstraße, nördliche Kronenstraße. Ansätze gibt der Lichtplan, der Pflastermix ist jedoch zu unruhig

Evtl. Fassadenbegrünung etc.

Die Qualität des öffentlichen Raumes bildet sich nicht nur in der Fläche ab, also dem Pflasterbelag, sondern in erster Linie durch die ihn bildenden Gebäude. Hier ist der Zirkel auf einem guten Weg durch dessen Einzelbauten. Diese positive Entwicklung sollte in den westlichen und östlichen Teilstücken des Zirkels weiter vorangetrieben werden.

Qualität des öffentlichen Raumes durch Qualität der ihn bildenden Gebäude

Der Zirkel macht gerade eine Wandlung durch vom Stiefkind zu einer großstädtischen Einkaufs- und Kunstmeile. Maßgebend ist dabei die Belebung durch den Neubau der L-Bank und die gegenüberliegende Baulückenschließung.

Entwicklung des Zirkels

Auch die optische Verbesserung des Parkhauses an dieser Stelle hat dazu beigetragen. Die Chance für eine reine Fußgängerzone im Zirkel durch die Aufgabe des Parkhauses und verbesserte Ausnutzung der Tiefgarage Schlossplatz wurde leider verpasst.

Der Neubau anstelle des bisherigen Volksbank-Gebäudes, der als Passage Zirkel mit Marktplatz verbinden wird, wird den Marktplatz prägen. Die KAL hat sich vehement gegen den ausgewählten, stadtgestalterisch rückwärts gewandten Entwurf ausgesprochen. Leider ist festzustellen, dass der Denkmalschutz der Finanzkraft eines Investors selten etwas entgegensetzt. Wenn jedoch die öffentliche Hand baut, sind starke Restriktionen die Regel.

Nordseite des Marktplatzes

Über die Gestaltung des Neubaus ist vehement diskutiert worden. Die Diskussionen haben gezeigt, wie viele Menschen sich in Karlsruhe über das gestalterische Leitbild ihrer Stadt Gedanken machen. Dieses Engagement sollte besser für die Zukunft der Stadt eingebunden werden.

Die *Karlsruher Liste* hat sich auch gegen die damit verbundene neue Tiefgarage ausgesprochen. Denn die wird dazu beitragen, den Autoverkehr in der zentralen Innenstadt zu verstärken, statt abzubauen.

Erfolg der *Karlsruher Liste*: Der Fischmarkt soll nur noch 2009 auf dem Marktplatz stattfinden. Als neuen Standort schlägt die KAL den Mess- oder Festplatz vor. Als zentrales Bauwerk der Kombi-Lösung ist die Entwicklung des Marktplatzes im Städtebaulichen Ideenwettbewerb zum Öffentlichen Raum enthalten. Hier muss ein Realisierungswettbewerb angeschlossen werden. Als Realisierungszeit wird das Jahr 2013 angegeben.

Marktplatz

Die Qualität des Marktplatzes hängt auch von der Nutzung der Gebäude dort ab. Die Stadt hat über die Vermietung eigener Flächen Einfluss. Ziel muss sein: mehr Qualität, etwa durch standorttypische statt System-Gastronomie.

Die vorhandenen Zeugnisse der Weinbrennerzeit werden vernachlässigt, während am Marktplatz weitere Weinbrenner-Retorten entstehen.

Weinbrennerstadt und Quartier Lidell entwickeln

Der Lidellplatz ist in Verbindung mit dem Platz hinter der Kleinen Kirche einer der Kristallisationspunkte der „Weinbrennerstadt“ zwischen Karl-Friedrich-, Hebel-, Zähringer- und Markgrafensstraße. Dieses Erbe besser zu pflegen, könnte ein Meilenstein in der Aufwertung des Gesamtquartiers sein. Die Stadt Karlsruhe sollte auf die Eigentümer zugehen. Viele Gebäude sind in einem schlechten Zustand.

Das Ettliger Tor ist eine Schlüsselstelle. Sonst hätte man ja keinen Via-triumphalis-Wettbewerb veranstalten müssen. Und der hatte nun mal zum Ergebnis, die Ränder dieser Kreuzung zu fassen, um das Ettliger Tor zum Platz zu machen. Dies ist nun 10 Jahre her. Außer dem Bau des Kongresshotels ist nichts geschehen.

Ettliger Tor

Die vorgesehenen Stadtloggien sind leider nicht zu vermarkten – oder werden nicht „vermarktet“. Der Plan für die „Stadtloggien“ scheint gescheitert, da momentan kein Investor in Sicht. Als zentrales Bauwerk der Kombilösung ist das Ettliger Tor auf Jahre dem Baustellengeschehen ausgesetzt. Daher hat man sich dafür entschieden, hier einen Info-Pavillon zur Kombi-Lösung zu installieren. Passend zum Infotainment wäre es wichtig, bereits jetzt mit der Umgestaltung des Theaterplatzes zu einer mehrfach nutzbaren Fläche für das Theater zu beginnen.

Friedrichsplatz und Erbprinzenstraße haben eine ganz neue Qualität durch die Verbindungsstrecke Ettliger-Tor-Center - Postgalerie bekommen. Der Friedrichsplatz ist ein sehr belebter Platz, angenommen insbesondere zum Verweilen während Shopping und Mittagspause.

Friedrichsplatz

Seit Jahren setzt sich die KAL für Gastronomie-Nutzung auf der Nordseite ein. Jetzt ist jedoch das Haus der Handwerkskammer saniert, die BW-Bank wird saniert und es gibt immer noch keine Cafés unter den schönen Arkaden. Dagegen quetschen sich Tische und Stühle auf dem zugigen Gehweg entlang der Erbprinzenstraße. Für die KAL heißt dies: Nicht aufgeben und die Chancen für die Sonnenseite des Platzes nicht vergeben.

Eine reizvolle Alternative könnte ein neues Café im Zuge einer Sanierung und Umgestaltung des Naturkundemuseum-Anbaus auf der Seite zum Nymphengarten sein.

Plänen zur Verlagerung aller Veranstaltungen vom Marktplatz auf den Friedrichsplatz während des Baus der Kombilösung erteilt die KAL eine klare Absage.

Eine Neubewertung des gesamten Festplatzes und des Kongresszentrums nach Umzug der Messe ist in all den Jahren nicht erfolgt. Die *Karlsruher Liste* hat sich im Gemeinderat immer wieder dafür eingesetzt mit Anträgen zu:

Festplatz

- Auslastung der Hallen – neue Funktionen oder Teilabriss?
- Gestaltung des Platzes entsprechend Wettbewerbsergebnis - ja oder nein?

Die attraktive Platzneugestaltung und die (immer noch unzureichende) Konzeption für die verbliebenen Hallen müssen Hand in Hand gehen. Dies werden wir weiterhin einfordern. Die Nancyhalle konnte vorläufig als Veranstaltungshalle gesichert werden. Die Stadt Karlsruhe braucht insbesondere für die große Kunstszene flexible Räumlichkeiten für Ausstellungen und Aktionen außerhalb der klassischen Museen: Kunstwerkstatt, Kunstlabor, Ateliers kann sich die KAL in der Nancyhalle vorstellen.

Wohnen in der Stadt

Insbesondere fehlen in Karlsruhe lt. Amt für Stadtentwicklung preisgünstige Mietwohnungen, familientaugliche Mietwohnungen mit vier bis fünf Zimmern, Hochstandard-Mietwohnungen für temporäres Wohnen, eine größere Bandbreite von Haustypen, Reihenhäuser mit einer Hausbreite, die vielfältige Lösungen zulässt, mehr qualitätsvolle individuell gestaltbare Eigentumswohnungen mit größerem Außenraumbezug. Die KAL setzt sich seit langem für all das ein. Das Überlassen der Grundstücke an „normale“ Bauträger wird aber nicht zu dieser Vielfalt führen.

Neue Wohnformen zu fördern, wie den alternativen Geschosswohnungsbau mit vielen „Einfamilienhäusern“ unter einem Dach, muss eine politische Leitidee in Karlsruhe werden. Ohne Leitideen kein Einfluss auf das Baugeschehen der Investoren!

Die Verwaltungsspitze und Teile des Gemeinderates glauben entgegen den wissenschaftlichen Prognosen noch an das Einfamilienhaus im Grünen. Dies ist keine Leitidee für die Stadt.

Die städtische Wohnungspolitik ist vollkommen auf die Volkswohnung verlagert. Außerhalb der Volkswohnung regieren die Investoren. Hier sollte die Stadt für ihre Zukunft mehr in Bewegung setzen. Daher unterstützt die KAL die Idee einer „Zukunftskonferenz Wohnungsmarkt Karlsruhe“ wie vom Amt für Stadtentwicklung vorgeschlagen. Dort sollten Architekten und Stadtplaner vertreten sein.

Steuerungselemente der Kommune sind insbesondere:

- Erbpacht, die ein gutes Mittel für die Kommune zur Steuerung in Neubaugebieten ist, muss in Karlsruhe forciert werden
- konkrete Analyse und Auswahl von geeigneten Flächen sowie Flächenerwerb

Für preisgünstigen Mietwohnungen: verstärkter Ankauf von Belegungsrechten, Ankauf von Bestandsimmobilien, städtisches Förderungsprogramm für benachteiligte Haushalte, Programm zur Umwandlung von veralteten Büro- und Gewerbeimmobilien in zentralen Stadtteilen, mehr Mietwohnungsbau durch die Volkswohnung.

Stadterweiterung Karlsruhe - Östliche Südstadt

Nach unseren Grundsätzen, freiwerdende Flächen zu bebauen, bevor weitere Flächen neu ausgewiesen werden, war unsere uneingeschränkte Zustimmung zum Rahmenplan Karlsruhe

Karlsruhe muss ein attraktiver Ort zum Wohnen und Arbeiten bleiben

Neue Wohnformen

Das Haus im Grünen ist keine Leitidee für die Stadt

Zukunftskonferenz Wohnungsmarkt Karlsruhe

Steuerungselemente der Kommune auf dem Wohnungsmarkt

Südlich Ludwig-Erhard-Allee

Südost eine logische Folge. Der Antrag der Karlsruher Liste zu einem Modellbauvorhaben „Östliche Südstadt“ wurde zwar wohlwollend aufgenommen, aber nicht umgesetzt.

Der städtebauliche Vertrag mit der Bahn war ein Fehler. Die Entwicklung auf den Baufeldern zeigt leider keine richtungsweisende Stadterweiterung. Mehr Stadtqualität statt des Flairs einer Siedlung wäre wünschenswert gewesen. Bei den verbleibenden Blöcken im Südwesten sollten endlich die Chancen genutzt werden. Die KAL setzt sich dafür ein: Offensiv an die Deutsche Bahn herangehen, nicht alles den Bauträgern überlassen, Mehrfachbeauftragungen/ Wettbewerbe fordern.

Der Schulneubau mit dem Wasserturm kann ein weiterer zentraler sozialer Ort neben dem Bürgerzentrum Südstadt werden. Die Schule könnte nach zügiger Realisierung auch des zweiten Bauabschnittes die wichtige Funktion eines Mehrgenerationenhauses übernehmen: Seniorentreff (schließlich sind viele Senioren vom Umland in das neue Viertel gezogen), Schülerhort, etc. Ein Signal für die „Jungen Alten“, die zurück in die Stadt wollen.

Mehrgenerationenhaus im/beim Schulneubau

An der Ludwig-Erhard-Allee wird nun sukzessive gebaut, was zu einer Aneinanderkettung von Solitären geführt hat. Die KAL hält daher eine Änderung des Bebauungsplanes für erforderlich, um Einzelbauten mit Abstandsflächen zu ermöglichen.

Großstadteingang Ludwig-Erhard-Allee

Grundsätzlich sieht die KAL die Entwicklung an der Ludwig-Erhard-Allee positiv: Hier entsteht ein Stück Großstadt. Nun gilt es ein Auge auf die restlichen Gebiete nördlich der Ludwig-Erhard-Allee zu halten. Ganze Baublocks werden hier überplant, Folgen für die Bewohner und auch Gewerbetreibende sind unvermeidlich. Der Stand der Planung muss offen diskutiert werden. In diesem Bereich könnten ebenfalls nicht genutzte Chancen aus dem Gebiet der östlichen Südstadt verwirklicht werden.

Chancen nördlich der Ludwig-Erhard-Allee nutzen

Dass die Lohfeldsiedlung noch steht, ist politisch im wesentlichen ein Verdienst der Karlsruher Liste. Alle anderen Gruppierungen hatten schon den Abriss im Blick. Ein Modellprojekt „Partizipatorisches Bauen im Sozialwohnungsbau“ hat die Stadt zusammen mit den Bewohnern nach unseren Vorstellungen zwar nicht erarbeitet. Aber auf unseren Antrag hin wurde eine gute Kompromisslösung gefunden. Teile der Siedlung sind erhalten und viele Bewohner haben ihre Häuser kaufen können. Der Einsatz hat sich für alle gelohnt: Es hat sich eine Genossenschaft gebildet und der Zusammenhalt ist groß in der Siedlung.

Lohfeldsiedlung – positives Beispiel

WEITERE SCHWERPUNKTE

Nach dem Städtebaulichen Wettbewerb wird derzeit der Bebauungsplan „Alter Schlachthof“ aufgestellt. Doch das Füllen mit Inhalten bleibt problematisch. Im Spagat zwischen Wirtschaftlichkeit und dem politischen Ziel, hier für kreatives Gewerbe ein Zentrum zu bilden, kommt die Entwicklung nicht schnell genug voran. In der Stadtverwaltung haben nicht alle das Vertrauen in die Zukunftsperspektiven des kreativen Gewerbes wie die wissenschaftlichen Zukunftsforscher. Das ist der Knackpunkt, denn daher wird nicht investiert – es soll sich ohne eigene Investitionen „rechnen“. Diese Rechnung geht aber nicht auf – die Stadt muss in Vorleistung gehen.

Kulturinsel Ostau – Kreativpark Alter Schlachthof

Die wirtschaftliche Zukunft Karlsruhes liegt nach Meinung der KAL sehr stark in der Kreativwirtschaft. Ein Zufall, dass aus einem ehemaligen Schlachthof ein Meilenstein für zukunftssträchtiges Gewerbe entstehen soll, während man sich ein paar Kilometer weiter für die großflächige Ansiedlung einer Fleischfabrik einsetzt?

Kreativwirtschaft

Die Konversionsgelände in der Nordstadt, in Knielingen und in Neureut sind positive Beispiele der Stadterweiterung auf ehemals militärisch genutzten Flächen. Hier sind die Alternativen schon eher zu spüren, da die Verwertung in der Hand eines städtischen Investors liegt. Leider liegt das Hauptaugenmerk hier auf dem Einfamilienhausbau. Der Geschosswohnungsbau und somit das verdichtete, Flächen sparende Bauen bleibt das Stiefkind.

Konversionsflächen

Auch in Neureut-Kirchfeld gibt es auf den Konversionsflächen positive und negative Beispiele für umgesetzte Bauleitplanung. Insgesamt überwiegt bei der KAL mit Blick auf die Bebauung der Konversionsflächen ein positiver Eindruck.

Die soziale Infrastruktur hinkt oft dem Wohnungsbau hinterher. Insbesondere im Konversionsgebiet „Knielingen 2.0“ ist frühzeitig für Betreuungsangebote zu sorgen.

Rechtzeitig für soziale Infrastruktur sorgen

Das Baugruppenprojekt Dragonerkaserne ist ausgezeichnet worden. Qualität lohnt also und zeigt, dass eine innerstädtische „Stadt villen“-Kultur für Besserverdienende gegen Zersiedelung im Umland durchaus funktioniert.

Baugruppenprojekt Dragonerkaserne

Das Gelände des Alten Flugplatzes muss als Klimaschneise und Naturoase von Wohnbebauung freigehalten werden. Die Entwicklung der Wohn- und Gewerbeflächen entlang der Erzbergerstraße auf den derzeit schon versiegelten Bereichen tragen wir mit.

Erhalt Alter Flugplatz

Bebauung an Erzbergerstraße nur auf schon versiegelten Flächen

Die Nordstadtbahn ist in Betrieb und sehr gut angenommen. Die Anlagen haben mehrere Preise gewonnen. Qualität beim Bau zahlt sich aus.

Nordstadtbahn

Die KAL will, dass das ehemalige MIRO-Erweiterungsgelände als geschützter Grünbestand ausgewiesen wird. Dadurch würde die Fläche gesichert und könnte im Rahmen der Planungen zum Landschaftspark Rhein eine wichtige Grünvernetzung zum Rhein darstellen – ohne Zufahrt zu einer zweiten Rheinbrücke.

Keine Industriegebiete Knielingen West / Gelände südlich Miro als Grünfläche sichern

Durlach

Auch nach abgeschlossener Sanierung der Altstadt geschieht viel. Selbst wenn es kritische Stimmen gibt: Hier ist sehr viel in Bewegung (Pfaff-Areal, BMD-Areal), insbesondere eine Wiedernutzung der ehemaligen Industriebrachen und Bahngelände.

Sanierung der Altstadt

Die Sanierung wertet die KAL als großen Erfolg. Wenn jetzt noch erreicht wird, dass nicht nur der Parkplatz vor dem Laden zählt, sondern vor allem eine fußgängerfreundliche, zum Bummeln und Einkaufen einladende Altstadt, dann steht einem Erfolg des B-Zentrums Durlach nichts mehr im Wege.

Bergdörfer

Stärkung der dörflichen Strukturen ist notwendig. Dass die „Bergdörfer“ längst keine reinen Dörfer mehr sind, belegen die Steigerungen der Einwohnerzahlen in den letzten 20 Jahren. Diese Entwicklung kann durch Angebote in der Kernstadt (östliche Südstadt!) nur verlangsamt werden. Stärkung heißt für uns in diesem Fall: Erhalt der zentralen Ortsmitte mit ihren Funktionen (Einkaufen, Verwaltung etc.). Das heißt auch, eine Mindesteinwohnerzahl zu erreichen, um diese Funktionen zu garantieren. Der dafür notwendige Neubau von Wohngebieten muss den Charakter der Ortsteile im besten Falle stärken. Eine Größenordnung von 5.000 Einwohnern pro Höhenstadtteil wird allerdings nie erreicht werden und ist auch kein Leitbild der KAL.

Stärkung dörflicher Strukturen

Anstehende Projekte

Die *Karlsruher Liste* ist für einen durch einen Investor finanzierten, von der Stadt geförderten Neubau eines Fußballstadions am Gleisdreieck nahe der Autobahn. Eine Einbeziehung der Trainingsplätze des KSC in ein Gesamtkonzept „Sportpark Durlach“ auf der „Unteren Hub“ halten wir für sinnvoll. Eine Bebauung der Hub mit einem größeren Stadionkomplex lehnt die KAL ab.

Neues Fußballstadion am Gleisdreieck

Unabhängig davon, ob ein Stadion südlich der Durlacher Allee kommt oder nicht: Diesen wertvollen Stadteingang gilt es zu fassen und attraktiver zu machen. Großstadt muss spürbar werden: von der Autobahnausfahrt Durlach bis zum Messplatz, für den ein Ersatz gefunden werden muss.

Stadteingang Durlacher Allee neu fassen

Erweiterung der Universität: Damit nicht alles vom Wildparkstadion abhängt, ist ein Runder Tisch von Experten von Stadt und Uni erforderlich, damit eine optimale Erweiterung gelingt. Das Gelände ist ein zentraler Baustein der Stadtentwicklung. Ein Leitbild sollte gemeinsam erarbeitet werden.

Erweiterung der Universität

Nun hat sich eine Gruppe „Bauausstellung Karlsruhe 2015“ gebildet mit dem Ziel, visionäre Bauprojekte zu fördern und schlägt als Leitthema vor: „Stadterneuerung durch Transformation“ Chancen/Perspektiven (für Büro)bauten der 60er und 70er Jahre mit Schwerpunkt Wohnungsbau. Abriss ist aus Nachhaltigkeit Energieverschwendung.

Bauausstellung 2015

Ob das Thema trägt, ist noch nicht klar. Die Chance IBA 2015 in Karlsruhe sollte auf jeden Fall genutzt werden.

Die Baumaßnahmen „Lebensraum Wasser“ sind Ende des Jahres fast abgeschlossen. Das neue Elefantenhaus und das Exotenhaus im ehemaligen Tullabad mit dem neu konzipierten Eingang werden die Ettlinger Straße entscheidend verändern. Die KAL setzt sich für die komplette Zoosanie ein, Umsetzung bis zum Stadtjubiläum 2015.

Zookonzept termingerecht umsetzen

Die Hauptfeuerwache kann ein Leuchtturmprojekt werden mit herausragend guter Architektur (offener Wettbewerb) und mit einer Umnutzung der alten Hauptfeuerwache.

Hauptfeuerwache

VERKEHR

„Lust auf Stadt“ heißt auch Lust, sich in dieser Stadt zu bewegen. Mobilität ist ein notwendiges Gut: für den Transport von Gütern, aufgrund der Wege zur Arbeit, zur Ausbildung, zum Einkauf, zur Kinderbetreuung oder zu Freunden. Mobilität heißt aber noch lange nicht viel Verkehr. Erstes Ziel der Verkehrspolitik aus Sicht der KAL lautet: Die Stadt so zu planen und zu organisieren, dass die städtebauliche Qualität gewahrt oder verbessert wird und die Wege möglichst kurz sind – also möglichst wenig Verkehr entsteht.

Hierzu Prof. Tropp (Universität Kaiserslautern) bei der Zukunftskonferenz Masterplan: „...*Dabei muss die städtebauliche Qualität von Straßen und Plätzen vor Verkehrsablauf und Verkehrstechnik rangieren. Denn von Schrumpfung verschont werden nur die Städte bleiben, die aufgrund ihrer Lage Vorteile haben und solche, denen es gelingt, über weiche Standortfaktoren wie städtebauliche Qualität, Ambiente und entsprechenden Wohnungsmarkt ihre Bevölkerung zu halten und neue Bewohner anzuziehen*“.

Auf Karlsruher Straßen herrscht ein meist erträglicher Zustand. Dazu hat die *Karlsruher Liste* beigetragen: Der starke Ausbau und die hervorragende Gestaltung des ÖPNV haben den Drang zum eigenen Auto verringert. Die KAL unterstützt fortlaufend Schritte in Richtung einer fußgänger- und radfahrerfreundlichen Stadt. Nebenprodukt des hohen Anteils von ÖPNV, Fahrrad und Fußgängern, dem so genannten Umweltverbund: In Karlsruhe kommt man im Städtevergleich auch mit dem Pkw gut voran.

Zwei Verkehrswirkungen belasten aber auch die Karlsruherinnen und Karlsruher stark, wie die Bürgerumfragen zeigen: der Lärm (Südtangente! Reinhold-Frank-Straße!) und der „ruhende Verkehr“, sprich die zugeparkten Straßen, die als Lebensraum gerade für Kinder und Jugendliche verloren gehen.

Beim Fernverkehr unterstützt die KAL alle Maßnahmen, die Karlsruhe noch besser an die Eisenbahn und die Schifffahrt anbinden: Beispiele sind die „Magistrale für Europa“ (Paris – Karlsruhe – München – Budapest), der Ausbau der Rheintalbahn oder der Ausbau bzw. die Umstrukturierung des Rheinhafens.

Weitere zusätzliche Fernstraßen quer durch die Gemarkung der Stadt lehnen wir ab; den Bau kleiner Ortsumgehungen, um insbesondere Vororte vom Durchgangsverkehr zu entlasten, hat die KAL unterstützt (B3 Wolfartsweier, Tunnel Grötzingen, Nordspange Neureut) bzw. fordert sie weiterhin (Südspange Hagsfeld).

Offene Frage, für die noch niemand eine befriedigende Lösung hat: Wie lässt sich der immer noch steigende Freizeitverkehr reduzieren? Hier sind alle persönlich gefordert.

Ein denkbare Szenario: Im 3. Jahrtausends könnte realer Verkehr gegenüber virtuellem zurücktreten (z.B. Videokonferenzen statt Besprechungen, Heimarbeit mit Intranetverbindung zum Unternehmen). Dies muss nach Ansicht der KAL ohne Verlust an Freiheit ablaufen, bei „demokratischem“ Zugang aller zu dieser Idee und unter Wahrung sozialer Standards.

Mobilität mit kurzen Wegen

Mobilität unter Wahrung der Umwelt und städtebaulicher Qualität

Bedeutung des ÖPNV

Lärmbelastung verringern

Verbesserung überregionaler Bahnverbindungen

Keine zusätzlichen Fernstraßen auf Gemarkung Karlsruhe

Zunehmender Freizeitverkehr

Virtueller Verkehr

Was die KAL im Verkehrsbereich grundsätzlich will

Stadtplanung und Sozialpolitik spielen hier eine entscheidende Rolle. Beispiele für Handlungsmöglichkeiten: Angebote schaffen für Nähe von Wohnen und Arbeit (vgl. Agenda 21 – Arbeitskreise „Wohnen“ und „Arbeit“); Umwandlung bestehender Siedlungsflächen vor neuem Gewerbe auf der grünen Wiese; Einkauf des Tagesbedarfs in fußläufiger Entfernung – keine weiteren Märkte nur für Autofahrer; Schulen und Kindergärten in möglichst jedem Stadtteil, Freizeitmöglichkeiten in der Nähe der Wohnung (Spielplätze in der Stadt, Naherholung im Hardtwald ...).

Der Umweltverbund (Fußgänger, Radfahrer, Bus und Bahn) muss gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV) weiter gestärkt werden und im Konfliktfall Vorrang genießen. Auch hier greift Stadtplanung in die Verkehrspolitik ein; Neubaugebiete etwa müssen möglichst zeitgleich mit dem Pkw auch mit Bus und Bahn erreichbar sein.

Dazu kommt ein psychologisches Problem: Im eigenen Auto gelten andere (Zeit-)Maßstäbe als in Bahn und Bus. Bahn und Bus müssen also pünktlich sein, müssen beim Komfort mindestens mithalten, dürfen nicht durch Zugangshürden (siehe unten) abschrecken

Dazu gehören: Verkehrslenkung für ruhenden und fließenden Verkehr (z. B. durch das Parkleitsystem), Übergangsmöglichkeiten zwischen Verkehrsmitteln (z. B. Park & Ride-Plätze). Maßnahmen für den Umweltverbund müssen von MIV-steuernden Maßnahmen begleitet sein. Aber keine Behinderung als Selbstzweck: Im Leerlauf tuckernde Kfz sind die größeren Schadstoffemittenten.

Prinzip: Je näher am Stadtkern (Kaiserstraße), umso unattraktiver soll der MIV sein! Dies hat auch rein praktische Gründe: Durch einen hohen Anteil des Pkw am Verkehr in den Innenstädten blockiert sich dieser selbst, andere Verkehrsteilnehmer sowie die Anlieferer und Dienstleister.

Tempo 30 auf Straßen, die ihre Durchgangsfunktion verloren haben (Beispiele: Karlsstraße südlich Karlstor, Neureuter Hauptstraße); Fahrbahnverschmälerungen, Parkierungsflächen in Wohngebieten auf der Fahrbahn; längere Grünphasen für Fußgänger; mehr Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Bereiche („Spielstraßen“); Einführung weiterer Fahrradstraßen wie zum Beispiel in der Sophienstraße. Aber auch: konsequentes Ahnden von gefährdendem Verhalten aller Verkehrsteilnehmer.

Die Karlsruher Umweltzone ist unter Auswertung der im Betrieb gewonnenen Erkenntnisse weiter zu entwickeln. In der derzeitigen Form ist der Nutzen für die Luftqualität nicht zu erkennen.

**Umweltschädlichen Verkehr minimieren!
Mobilität erhalten,
Entfernungen verringern!**

**Umweltverbund stärken
– Vorrang vor dem MIV!**

Verkehr professionell organisieren: Verkehrssystemmanagement!

Minderung des Verkehrslärms!

Mehr Verkehrssicherheit!

Umweltzone

- Einfluss der Stadtplanung wurde zum Thema: Wohnen, Arbeiten, Leben und Freizeit im direkten Wohnumfeld ist fest verwurzelt in allen Planungsebenen
- kleine Ausweitungen der Fußgängerzone
- Unterstützung des Radverkehrskonzeptes und des 20-Punkte Programms für Radfahrer
- City-Route für Fahrradfahrer: Die Erbprinzenstraße zwischen Wald- und Lammstraße wurde zur Fahrradstraße; zwischen Lamm- und Ritterstraße nur noch für den nicht motorisierten Verkehr geöffnet
- markierte Radstreifen auf der Fahrbahn für den schnelleren Radverkehr
- Radler-Forum, um die Akzeptanz dieses umweltfreundlichen Verkehrsmittels in den Köpfen der Planer und Kommunalpolitiker stärker zu verankern: Ziel aus KAL-Sicht: zum Forum „Umweltverbund“ erweitern.
- Beteiligung der Bürger bis hin zum Bürgerentscheid bei großen Verkehrsmaßnahmen (Beispiel City 2015)
- Anreize zur Nutzung des ÖPNV: Fahrradmitnahme (eine Forderung der KAL, anfangs gegen den Willen der VBK), KSC-Ticket inklusive ÖPNV, Theater-Ticket inklusive ÖPNV, Job-Tickets etc.
- Intelligente Lichtsignaltechnik an etlichen Straßenzügen: Minimierung von Wartezeiten (auch für Fußgänger und Radfahrer!) und verringerter Schadstoffausstoß bei Erhalt des Vorrangs des ÖPNV.
- Modernes Verkehrsleitsystem beginnend an den Stadt-
eingängen mit genauen Informationen (passt zur Technologie-
region!) zur Lenkung des fließenden wie ruhenden MIV.
- Nordtangente weiter verhindert! (siehe auch Kapitel Natur und Umwelt)
- Verkehrsversuch Herrenalber Straße
- Fahrradstation am Hauptbahnhof
- Umbau (mit Untertunnelung) der Kriegsstraße im Mittelabschnitt zum großstädtischen Boulevard wurde im Paket Kombilösung beschlossen

Was die KAL im Bereich Verkehr unterstützt und erreicht hat

Was die KAL im Bereich Verkehr im Einzelnen erreichen will:

Die Beratung zu Themen außerhalb des ÖPNV gilt es zu verbessern; unter Beteiligung des KVV, der Taxi-Zentrale, CarSharing, ADFC, VCD, evtl. sogar ADAC, Deutsche Bahn, Einzelhandel, Reisebüros, KMK – Tourismus, Fahrradverleihern, Wander- und Touristikvereine, Kultureinrichtungen, Fremdenverkehrsarten in der Umgebung etc. Die Mobilitätszentrale bietet sich dafür an– Finanzierung der Kosten aus einem Klimaschutzfonds.

Mobilitätszentrale erhalten und verbessern

Zudem sollte die „Mobilitätszentrale im Internet“ für Menschen, die wegen Erfahrungen keine persönliche Beratung benötigen, und für Beratung außerhalb der Dienstzeiten verstärkt werden.

Mobilitätsberater in die Schulen und die Kindergärten, denn im Kindesalter wird die Verkehrsmittelwahl geprägt (Aufgabe im Rahmen der Agenda 21 Karlsruhe).

Situationen abbauen, die zu nicht gesetzeskonformen Verkehrsverhalten führen (Bsp. zu schmale Wege für Radler und Fußgänger; Ampelschaltungen mit 5-Minuten-Rot).

Denken im Kopf des Fußgängers: Planung einer fußgängerfreundlichen und -interessanten Stadt.

Kontinuierliches Ausweiten der Fußgängerzone und der verkehrsberuhigten Zonen, auch um den Parksuchverkehr zu vermindern und die Zufahrt zu Parkhäusern auf bestimmte Parkhäuser am Rande der Innenstadt zu leiten:

- Karlstraße: Fußgängerzone mindestens zwischen Amalien- und Akademiestraße, nördlich davon Zwei-Richtungsverkehr in verkehrsberuhigte Zone als Zufahrt zum Breuninger Parkhaus, wenn eine Alternativroute für den Nord-Süd-Verkehr möglich ist
- Fußgängerzone in der westlichen Kaiserstraße (Leopoldstraße bis Douglasstraße).
- Douglasstraße: Fußgängerzone zwischen Akademie- und Amalienstraße
- Erbprinzenstraße ab Lammstraße bis Rondellplatz (Nordseite Ettlinger-Tor-Center): verkehrsberuhigte Zone
- Herrenstraße zwischen Amalien- und Erbprinzenstraße: Fußgänger- oder verkehrsberuhigte Zone
- Verkehrsberuhigte Zone in der Karl-Friedrich-Straße ab Rondellplatz bis zum Marktplatz / Fußgängerzone in der westlichen Hebelstraße; Parkhaus in der Kreuzstraße möglichst nur noch für Anwohner!.
- Zirkel verkehrsberuhigte Zone, fußgänger- und radfahrerfreundlich, eventuell mit Unterbrechung des Zirkels, um Durchgangsverkehr abzuhalten
- Adlerstraße: Durchstich über Kaiserstraße aufheben, Umbau zu Fußgänger- oder verkehrsberuhigte Zone
- Nördliche Kronenstraße: Fußgängerzone
- Pfarrer-Löw-Straße: Fußgängerzone
- Passagehof gänzlich von MIV freihalten: Zufahrt von westlicher Akademiestraße schließen, Passagenhof bis zum Parkhaus als Fußgängerzone ausweisen. Parkhauszufahrt und -abfahrt nur noch über östlichen Zugang Passagehof. Verbindungsstraße vom Passagehof zur Waldstraße für MIV schließen; somit kann nördliche Waldstraße Fußgänger- oder verkehrsberuhigte Zone werden.

Die Bauphase der Kombilösung steht wegen des Baustellenverkehrs leider vielen Lösungen über zehn Jahre im Weg.

Mehr Öffentlichkeitsarbeit für den Umweltverbund!

Fußgängerfreundliche Stadt

Ausweitung Fußgängerzone und verkehrsberuhigte Zonen

Spielstraßen (Schrittgeschwindigkeit) in Kernzonen von Wohngebieten; das bedeutet mehr Spielfläche für Kinder; autoarme Wohngebiete durch (kostengünstige) Quartiersgaragen anstreben.

Spielstraßen in Wohngebieten

Großzügige Fußgängerüberwege mit Rundum-Grün an geeigneten City-Kreuzungen; Aufstellfurten für Radfahrer vor den Kfz.

Gestaltung von Fußgängerüberwegen

Keine Radwege in Tempo-30-Zonen. Entlang Tempo-50-Achsen: Radstreifen auf der Fahrbahn; Aufstellflächen vor dem MIV an Kreuzungen. Entlang schnellerer Straßen: eigene Radwege.

Radwege

Radwege in Schuss halten, regelmäßige Reinigung (auch sofort nach Meldungen über gefährliche Verschmutzungen) und ein Winterdienst auf allen wichtigen Radrouten. Mindeststandards nach StVO einhalten. Was es zu vermeiden gilt: gemeinsam genutzte Rad- und Fußwege.

Fahrradparkplätze nahe an attraktiven Zielpunkten; funktionale Ausgestaltung mit Fachleuten aus den Verbänden besprechen.

Fahrradparkplätze

(Überdachte) Bike&Ride-Plätze an möglichst vielen Haltestellen.

Weiterer Ausbau des ÖPNV nach den vorliegenden Planungen: Straßenbahn z.B. nach Knielingen-Nord; regionale Stadtbahn Ausbau in der Pfalz und zur Messe in Forchheim.

Ausbau des ÖPNV

Prüfen: Ist eine Straßenbahn in die Bergdörfer möglich?

Schnellbusring als Tangentialverbindung zur Verknüpfung von Wohngebieten mit Arbeitsstätten und Ausbildungseinrichtungen und zur direkten Verbindung von Ästen der Stadtbahn, ohne Umweg über die City: nördlicher Ast Knielingen (Gewerbeflächen) – Neureut (Gewerbeflächen) – Waldstadt – Hagsfeld (Industriegebiet) – Durlach; südlicher Ast Durlach – Ottostraße – Südtangente – Hauptbahnhof – Albtalbahnhof – Pulverhausstraße – Rheinhafen – Knielingen (Gewerbeflächen).

Schnellbusring

Fahrgeldrückerstattung durch Einzelhandel, Freizeiteinrichtungen (bisher wird nur Parkgebühr des MIV erstattet!).

ÖPNV-Fahrgeldrückerstattung

Weitere Fahrausweisautomaten an Haltestellen (z. B. einer für jeden Höhenstadtteil) und in den Bahnen.

Mehr Fahrausweisautomaten

Zugangshindernisse zum ÖPNV abbauen:

Zugangshindernisse zum ÖPNV abbauen

- DB-Fahrkarten, die auch im Netz des KVV gelten
- Zahlung des Fahrgelds auch automatisiert und mit Bestpreisabrechnung für den Kunden
- Ausbau des Handytickets
- Echtzeitangabe der Abfahrtszeiten an den Haltestellen um genaue Angaben bei Störungen erweitern und das System ausbauen
- Ausweitung der Wabe nach Wörth-Bahnhof ab Karlsruhe-West (vgl. das Modell Ettlingen ab Hauptbahnhof): Zwischen Wörth und Knielingen (Siemens!) nur eine Wabe zahlen

Für die KAL hat der Umbau der Kriegsstraße (fuß- und radfahrerfreundlicher, Straßenbahntrasse, Stadtraumgestaltung) bei der Kombilösung Vorrang.

Umbau Kriegsstraße

B10 ab Wolfartsweierer Straße auf Südtangente verlagern.

B10 auf Kriegsstraße

Durchgängig Tempo 80 auf Südtangente / Lärmschutz an der Südtangente (Knielingen, Beiertheim/Bulach); in sensiblen Bereichen (belastetes Wohnumfeld) nachts sogar geringeres Tempo.

**Lärmschutz
Südtangente**

Zweite Rheinbrücke entweder

a) nur als Behelf/Ersatzbau direkt neben der bestehenden, wenn die tatsächlich wegen Sanierung geschlossen werden muss oder

**Keine Zweite
Rheinbrücke im MIRO-
Erweiterungsgelände**

b) wenn unabweisbar und dann raumplanerisch sinnvoll mit einem Standort, welcher bestehende Lücken im Straßennetz schließt, also nördlich von Eggenstein oder südlich von Rheinstetten.

Keine Nordumfahrung von Knielingen bis zur B 36, da hier bestehende (z.B. Im Bruch) und geplante Wohngebiete (Konversionsgebiet Knielingen) beeinträchtigt werden und ein großer Erholungsraum (Knielinger Rheinniederung) zerstört würde.

**Keine Nordumfahrung
Knielingen**

Weiterführung des Autobahnanschlusses Nord als kommunale Straße bis zur Haid-&-Neu-Straße, um Hagsfeld endlich zu entlasten, aber keine Weiterführung bis zur Theodor-Heuss-Allee.

**kommunale Südspange
Hagsfeld**

Bewohnerparken auf neuer gesetzlicher Grundlage ausbauen (kleinere Teilgebiete). Regelausweisung: Bewohner parken zu jeder Zeit (für Jahresgebühr) – Kurzzeitparker tagsüber gegen Gebühr, außerhalb der City zum Teil kostenfrei.

Bewohnerparken

Tiefgaragen / Parkhäuser günstiger als oberirdisches Parken. Erhöhung der Kurzzeitparkgebühren .

Parkhäuser

Parkhäuser im Inneren der City sollten – wo immer möglich – als öffentliche Garagen entfallen und nur noch als Parkhäuser für Anwohner und in der Innenstadt Arbeitende genutzt werden (Beispiel Parkhaus Kreuzstraße). In den Parkhäusern am Rand der City besteht genügend Parkraum (Ettlinger-Tor-Center, Schlossplatz, Fritz-Erler-Straße). Keine weiteren Parkhäuser in der City!

Mehr Park&Ride-Plätze, vor allem dezentrale, in der Nähe der Wohngebiete im Umland liegende Park&Hike-Plätze (organisiertes Mitfahren) einrichten, insbesondere für Pendler.

Mehr Park&Ride-Plätze

Organisation eines Zustell-Services (inkl. Träger- und Kundendienst) unter Führung der Einzelhändler; evtl. als Existenzgründermodell geeignet.

Zustell-Service

Besondere Stellplätze für Solarfahrzeuge; Kleinparkplätze für Kleinstautos.

Besondere Stellplätze

Biodiesel, Erdgas, Wasserstoff, Solarelektro, 3-Liter-Fahrzeuge. Hier haben die Stadtverwaltung und städtische Gesellschaften als Betreiber großer Fahrzeugflotten eine Vorbildfunktion.

**Städtische Fahrzeug-
flotte mit emissions-
armem Antrieb**

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Politik muss Visionen haben und Ziele setzen – auch bei dünner Finanzdecke

Die Weltwirtschaft und die Wirtschaft der Bundesrepublik stecken derzeit in der schwersten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Diese Finanzkrise ist weit mehr als die Folge zurückgehender Steuereinnahmen in einer Konjunkturkrise. Im Rahmen der Finanzkrise ist sehr viel Vertrauen verloren gegangen.

Für die KAL lautet heute wie in den nächsten Jahren der Grundsatz der Aufgabenkritik:

Was ist wünschenswert? - Was ist notwendig? - Was ist absolut unabdingbar?

Unabdingbar muss sich vor allem an den definierten Pflichtaufgaben der Kommune orientieren. Aber nicht an der Trägerschaft: Wenn freie Träger eine Pflichtaufgabe günstiger umsetzen, wenn die Stadt nur subsidiär tätig werden muss, dann ist eine grundsätzliche Kürzung, ohne Betrachten des Einzelfalles, der falsche Weg (z.B. bei Kindergärten).

Notwendig sind nach Auffassung der KAL vorbeugende Maßnahmen - zum Erhalt der Werte und Investitionen wie auch bei der Minimierung von laufenden Kosten für Stadt und Gesellschaft. So gilt es zum einen zu verhindern, dass in naher Zukunft erheblich höhere Summen zur Beseitigung von Folgeschäden auftreten (z.B. bei der Sanierung von Infrastruktur und Gebäuden). Diesen Grundsatz hat die Stadt beispielsweise bei den Bädern vernachlässigt.

Zum anderen lohnt sich etwa eine Sprachförderung von Menschen mit Migrationshintergrund, von den Kindern bis zu den Familien: Die Integration verläuft bei Beherrschung der deutschen Sprache viel leichter, spätere Aufwendungen für spezielle Schulklassen oder Sozialhilfe werden gespart.

Wünschenswert sind Projekte, die hinter den unabdingbaren und notwendigen bei der derzeitigen angespannten Haushaltslage zurückstehen müssen. Beispiel: noch ein Fest mehr. Oder die laufende Bezuschussung des Baden-Airports, eines Flughafens im Wesentlichen für Charterflieger. Jeder Urlauber wird dort von der Stadt Karlsruhe subventioniert - das muss sich ändern.

Die Stadt als Arbeitsplatz

Arbeitsplätze sind insbesondere dort zu fördern, wo innovative Konzepte umgesetzt werden, wie beispielsweise Teilzeit- oder Lebensarbeitszeitmodelle bzw. Job-Sharing zur Kompensation von Arbeitsplatzverlusten. Hier haben insbesondere die Stadt Karlsruhe und ihre Tochtergesellschaften eine Vorbildfunktion, der Sie gerecht werden müssen.

Die *Karlsruher Liste* steht, insbesondere in sensiblen Bereichen wie dem Gesundheitswesen, weiteren Privatisierungen skeptisch gegenüber, zumal damit auch eine Verringerung der demokratischen Kontrollfunktion (weg vom Gemeinderat – hin zum Aufsichtsrat) erfolgt. Privatisierung ist vornehmlich auf Gewinnorientierung angelegt, Rationalisierung. Personal- und Leistungs-

Größte Finanzkrise seit der Großen Depression

Was ist wünschenswert?

Was ist notwendig?

Was ist absolut unabdingbar?

Nachhaltige Investitionen

Prioritäten setzen

Die Stadt als Arbeitgeber

Die KAL lehnt weitere Privatisierungen ab

abbau sind die Folge. Unproduktive Bereiche und Aufgaben, die jedoch wichtig sind, werden nahezu zwangsläufig vernachlässigt. Außerdem werden die „Rationalisierungsoffer“ den kommunalen Haushalt an anderer Stelle weiter belasten. Nur durch eine Änderung der Rechtsform werden teure Strukturen nicht beseitigt. Ein Konzept für neue Organisationsformen in der Verwaltung, welches die Dezentralisierung bislang hierarchischer Strukturen zum Ziel hat, ist eine sinnvollere Alternative als eine Privatisierung um jeden Preis.

Die KAL sieht in der Kreativwirtschaft einen stark wachsenden Bereich der Wirtschaft, welcher einen erheblichen Anteil am Arbeitsplatzaufbau in der Region Karlsruhe hat. Dieser Bereich ist zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Bedeutung der Kreativwirtschaft

Visionen – nur bei positiver Stimmung wird investiert

Ein lebhaftes Wirtschaftsleben und das daraus erwachsende Steueraufkommen ist die Grundlage, auf der Kommunalpolitik möglich wird. Was kann die Stadt hier leisten?

Bedeutung der Stadt als Wirtschaftsfaktor

Wichtige Punkte sind:

- Karlsruhe muss attraktiv für Investoren und ihre Mitarbeiter sein
- Karlsruhes Funktion als regionales Oberzentrum muss gestärkt werden
- Die Technologie-Region Karlsruhe muss gestärkt werden, denn eine positive Entwicklung kommt auch dem Oberzentrum zu gute
- Antizyklische Haushaltspolitik
- Eine effektive Verwaltung
- Es ist eine nach Branchen und Betriebsgröße ausgeglichene Struktur der Wirtschaft anzustreben (krisensicher!).

Um eine Stärkung der Funktion als regionales Oberzentrum zu erreichen, sind ein guter öffentlicher Personen-Nahverkehr, ein ansprechendes Kulturangebot, eine gepflegte Gastronomie und ein reichhaltiges Angebot im Einzelhandel von Bedeutung

Funktion als Oberzentrum der Region

Eine Modernisierung des Rathauses ist dringend notwendig um aktuelle Sicherheits- und Brandschutzvorschriften einzuhalten, die Arbeitsbedingungen der Verwaltung zu verbessern und die Repräsentanzfunktion des Rathauses wiederherzustellen.

Modernisierung des Rathauses

Die Steigerung der Attraktivität von Karlsruhe ist die Aufgabe des Stadtmarketings. Hier muss aber die Politik unterstützen, zum Beispiel durch nachhaltige Projekte wie den weiteren Ausbau des ÖPNV, die energetische Sanierung städtischer Gebäude sowie die Erneuerung des städtischen Fahrzeugpools. Auch das Amt für Wirtschaftsförderung ist daran beteiligt, die Attraktivität Karlsruhes zu erhöhen, wie mit der Bereitstellung von geeignetem Grund und Boden für ansiedlungswillige Betriebe. Bei der Ausweisung neuer Flächen müssen die natürlichen „Grenzen des Wachstums“ (siehe auch Kapitel Natur und Umwelt sowie Kapitel Stadtplanung) berücksichtigt werden.

Nachhaltige Projekte

Region Karlsruhe

Die Technologieregion Karlsruhe will sich nach eigener Aussage (Homepage) „...dem zunehmenden Standortwettbewerb im Europa der Regionen durch Regionalmarketingaktivitäten und neue Formen der regionalpolitischen Zusammenarbeit...“ stellen. „Die regionale Zusammenarbeit beruht auf den Prinzipien der Freiwilligkeit und Interdisziplinarität. In der Technologieregion sollen die Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik / Verwaltung an einem Strang ziehen. Alle für die Region bedeutsamen Fragen der Regionalpolitik und des Regionalmarketings sollen partnerschaftlich angegangen werden. Ziel ist es, die Vielfalt des Wirtschaftsraums sowie der einzelnen Städte und Landkreise unter einem gemeinsamen Dach darzustellen und zu fördern“.

Für die Karlsruher Liste sind die derzeitigen Strukturen der Technologieregion und die verschiedenen im gleichen Raum arbeitenden Institutionen (Technologieregion, Regionalverband, Nachbarschaftsverband Karlsruhe etc.) zu wenig vernetzt sowie deren Aufgaben nicht klar genug gegeneinander abgegrenzt. Es sollte daher neben den gesetzlichen Aufgaben (der Regionalverband erstellt den Regionalplan, der Nachbarschaftsverband den Flächennutzungsplan, die Technologieregion konzentriert sich auf das Regionsmarketing) zu einer klareren Aufgabenverteilung zwischen den „Regionalinstitutionen“ kommen.

Das Umland von Karlsruhe ist Teil der Technologieregion Karlsruhe. Viele Umlandgemeinden sind im Vergleich zum Oberzentrum Karlsruhe nahezu schuldenfrei, während dieses viele Funktionen auch für die Bürger der Umlandgemeinden zur Verfügung stellt. Der Finanztransfer und die Aufgabenverteilung in der Region müssen daher nach Auffassung der KAL neu überdacht werden.

Europäische Metropolregionen gelten „Als Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung, welche die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit Deutschlands und Europas erhalten sollen“.

Die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) hat für Deutschland 11 Europäische Metropolregionen nach Brüssel gemeldet, darunter in Baden-Württemberg unsere nördliche Nachbarregion Rhein-Neckar und die Region Stuttgart. Eine weitere (deutsche) Europäische Metropolregion in der Region Karlsruhe ist daher derzeit unwahrscheinlich.

Die Europäische Union hebt neben den Metropolregionen besonders die Grenzregionen als Motoren der europäischen Integration und wirtschaftlichen Entwicklung immer stärker hervor. Darum ist es notwendig, am Oberrhein, einem alten Kernland Europas, das raumordnerische Zusammenwachsen zu beschleunigen und die Scharnierfunktion der Region Karlsruhe nach Süden (Südlicher Oberrhein) und Norden (Metropolregion Rhein-Neckar) zu nutzen.

Nach Süden ist das raumordnerische Ziel die Entwicklung einer trinationalen Europäischen Metropolregion Oberrhein. Der Weg zu dieser Metropolregion Oberrhein wird noch weit sein, aber es lohnt sich sicher diesen Weg zu gehen und die KAL unterstützt diesen Weg.

Technologieregion

Vernetzung der regionalen Institutionen

Verhältnis zu den Umlandgemeinden

Metropolregion

Die im Sommer 2008 vereinbarte Kooperation zwischen der Europäischen Metropolregion Rhein-Neckar und der Technologieregion Karlsruhe ist ein zusätzlicher Schritt die Zusammenarbeit nach Norden weiter zu verbessern.

Bildung und Forschung

Die stetig wachsende Bedeutung des Standortfaktors Forschung erfordert zunehmend den Dialog von Vertretern der Wissenschaft und Wirtschaft genauso wie von Politik und Gesellschaft.

Die Kommunalpolitik muss nach Meinung der KAL diesem Standortfaktor zukünftig noch mehr Aufmerksamkeit als bisher widmen. Den Faktoren Forschung und Technologie kommt gerade in einer wissensorientierten Region wie Karlsruhe für die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine sehr hohe Bedeutung zu.

Die Universität Karlsruhe (rund 18.000 Studierende) zählt zu den leistungsstarken Hochschulen in Deutschland. Sie zeichnet sich in besonderem Maße durch ihre Forschungsorientierung aus.

Die Auszeichnung der Karlsruher Universität im Rahmen der Exzellenzinitiative der Bundesregierung mit dem Siegel Elite-Universität unterstreicht die hohe Qualität und zeigt die Bedeutung die der Schaffung des KIT im Rahmen der deutschen Forschungslandschaft beigemessen wird.

Für die Karlsruher Liste ist die Umsetzung des KIT ein bedeutender Schritt zur Verbesserung der Forschungslandschaft in Karlsruhe.

„Das KIT ist der Zusammenschluss zwischen der Universität Karlsruhe und dem Forschungszentrum Karlsruhe. Im KIT bündeln die beiden Partner ihre Kräfte, um eine völlig neue Qualität der Zusammenarbeit zu schaffen. Rund 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ein Jahresbudget von rund 700 Millionen Euro – mit dieser personellen und finanziellen Ausstattung hat das KIT das Potenzial, auf ausgewählten Gebieten eine weltweit führende Wissenschaftseinrichtung zu werden. ... Die Vision ist: Das KIT wird eine Institution der Spitzenforschung und der exzellenten akademischen Ausbildung und eine herausragende Stätte für akademisches Leben, lebenslanges Lernen, umfassende Weiterbildung und unbegrenzten Wissensaustausch sowie ein Ort für nachhaltige Innovationskultur“ (www.kit.edu).

Die KAL unterstützt die Schaffung des KIT und sieht ihre Aufgabe darin von Seiten der Kommunalpolitik diesen Prozess positiv zu begleiten und die in den Händen der Kommunalpolitik liegenden Möglichkeiten zu nutzen (z.B. Flächen für räumliche Erweiterungsmöglichkeiten, Verbesserung des ÖPNV zwischen den Einrichtungen) um den Aufbauprozess fortzusetzen.

Bedeutung von Wissenschaft, Forschung und Technologie im Raum Karlsruhe

Elite-Universität

Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Vision der KAL – Lust auf Demokratie, Lust auf Stadt in Karlsruhe

Die Entwicklung einer Stadt kann nur durch das Engagement ihrer Einwohner in Vereinen, Bürgerinitiativen oder sonstigen Gruppen, aber vor allem auch in der Kommunalpolitik als wichtigem Entscheidungsraum, vorangebracht werden. Darum will die Karlsruher Liste „Lust auf Demokratie“ machen.

Lust auf Demokratie

Die Karlsruher Liste will dabei einerseits Forum und Ansprechpartner sein und andererseits über die Verbesserung der Möglichkeiten politischer Teilhabe (siehe Kapitel Politische Teilhabe) Menschen motivieren, sich für **IHRE** Stadt Karlsruhe zu engagieren.

Motivation zum Mitmachen

Die KAL setzt sich für Karlsruhe als lebendige, lebenswerte Stadt ein. Darum lautet die Vision der Karlsruher Liste: Alles tun um

Lust auf Stadt

„LUST AUF STADT“

in Karlsruhe mit **IHRER** Hilfe Wirklichkeit werden zu lassen.

Ihre Ansprechpartner bei der KAL:

Wir über uns	Lüppo Cramer, Thomas Belschner	lueppo.cramer@karlsruher-liste.de
Menschen in Karlsruhe	Margot Döring	margot.doering@karlsruher-liste.de
Politische Teilhabe	Thomas Belschner	thomas.belschner@karlsruher-liste.de
Kultur, Verkehr, Energie, Abfall	Eberhard Fischer	eberhard.fischer@karlsruher-liste.de
Sport und Freizeit	Michael Haug	michael.haug@karlsruher-liste.de
Natur und Umwelt, Lärm	Karl-Heinz Spengler	karlheinz.spengler@karlsruher-liste.de
Stadtplanung	Lüppo Cramer, Karl-Heinz Spengler	
Arbeit und Wirtschaft	Karl-Heinz Spengler	

P.S. Die KAL erhält als rein kommunal antretende Wählervereinigung im Gegensatz zu Bundes- und Landesparteien keine Wahlkampfkosten-erstattung. Wir finanzieren uns ausschließlich aus Spenden und freuen uns über jede Unterstützung, auch finanzieller Art.

**Konto-Nr. 0229 736 752
BLZ 660 100 75
Postbank Karlsruhe**